
Zwischen schlankem Staat und Mediengesellschaft.

Überlegungen zu Rechtsgrundlagen, Aufgabenstellung und
bibliothekspolitischer Bedeutung der Fachstellen für das öffentliche
Bibliothekswesen in der Bundesrepublik Deutschland

Diplomarbeit
im Fach Medienmanagement
Studiengang Öffentliche Bibliotheken
der
Fachhochschule Stuttgart –
Hochschule der Medien

Kaucic Adriane

Erstprüferin: Frau Prof. Dr. Maria E. Biener
Zweitprüfer: Herr Prof. Wolfram Henning

Angefertigt in der Zeit vom 15. Juli bis 29. Oktober 2002

Stuttgart, Oktober 2002

Kurzfassung

Zunächst werden die rechtlichen Grundlagen der Fachstellen in der Bundesrepublik Deutschland und der Inhalt der für die Fachstellen relevanten Positionspapiere erläutert. Anschließend wird unter Einbeziehung des gesellschaftlichen Wandels die veränderte Aufgabenstellung von Öffentlichen Bibliotheken und Fachstellen dargestellt. Auf wesentliche Aspekte der Verwaltungsreform und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Fachstellen bezieht sich der dritte Abschnitt. Die bibliothekspolitische Bedeutung der Fachstellen wird anhand von Beispielen der Fachstellen in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein ausgeführt. Ein Ausblick auf die zukünftige Entwicklung der Fachstellen findet sich am Schluss dieser Arbeit.

Staatliche Fachstelle für Öffentliches Bibliothekswesen

Verwaltungsreform

Informationsgesellschaft

Mediengesellschaft

Bibliotheksförderung

Bibliothekspolitik

Baden-Württemberg

Rheinland-Pfalz

Schleswig-Holstein

First the legal basis of the state public library offices in the Federal Republic of Germany is explained, together with the tenor of the position papers that are relevant to them. Subsequently, incorporating social changes, the changes in the tasks facing public libraries and state public library offices are described. The third section deals with fundamental aspects of the administrative reform and the way in which these affect the state public library offices. The importance of the state public library offices from the point of view of library policy is explained, using examples from the state public library offices in Baden-Württemberg, Rhineland-Palatinate and Schleswig-Holstein. An outlook on the future development of the state public library offices is to be found at the end of this diploma thesis.

State Public Library Office for the Public Library System

Administrative reform

Information society

Media society

Library support

Library policy

Baden-Württemberg

Rhineland-Palatinate

Schleswig-Holstein

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	2
Inhaltsverzeichnis.....	4
Abkürzungsverzeichnis	6
1 Vorwort.....	7
2 Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen in Deutschland.....	8
2.1 Rechtliche Grundlagen – Rechtsträger	8
2.1.1 Baden-Württemberg	10
2.1.2 Rheinland-Pfalz.....	11
2.1.3 Schleswig-Holstein	13
2.2 Positionen und Ziele	15
2.2.1 Deutscher Städtetag.....	15
2.2.2 Bibliotheken '93.....	16
2.2.3 Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder	17
2.2.4 Manifest der UNESCO 1994	18
2.2.5 Die Staatlichen Fachstellen, ihr Auftrag und die Leistungen der Länder für das öffentliche Bibliothekswesen der Bundesrepublik Deutschland	18
3 Anforderungen der Mediengesellschaft an die Öffentlichen Bibliotheken.....	21
3.1 Wandel der Gesellschaft	21
3.1.1 Medienkompetenz	24
3.2 Öffentliche Bibliotheken im Wandel	27
3.3 Folgerungen für die Fachstellen	31
4 Schlanker Staat.....	35
4.1 Verwaltungsmodernisierung	36
4.1.1 Kommunen - Öffentliche Bibliotheken	37
4.1.2 Bundesländer - Staatliche Fachstellen.....	37
4.1.2.1 Bezirksregierung.....	38
4.2 Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Fachstellen.....	41
4.2.1 Nordrhein-Westfalen.....	41
4.2.2 Niedersachsen.....	43
5 Bedeutung der Fachstellen.....	46
5.1 Baden-Württemberg	46
5.1.1 Aufgaben.....	47
5.1.2 Lese- und Literaturvermittlung.....	47
5.1.3 Bibliotheksneu- und umbau	49

5.2	Rheinland-Pfalz.....	51
5.2.1	Situation der öffentlichen Bibliotheken.....	51
5.2.2	Staatliche Büchereistellen	52
5.2.2.1	Pilotprojekte	53
5.2.2.2	Förderprogramm „Bücherei und neue Medien“	55
5.2.2.3	„Internet-Fitness-Programm für Frauen“	56
5.2.2.4	Fortbildung	58
5.2.2.5	Bibliotheksprojekt INFOL@B.....	59
5.3	Schleswig- Holstein	60
5.3.1	Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V.....	60
5.3.2	Büchereizentrale.....	62
5.3.2.1	Dienstleistungen der Büchereizentrale.....	62
5.3.3	Finanzielle Förderung der Öffentlichen Bibliotheken.....	63
6	Ausblick	66
6.1	Neuorganisation der Fachstellenarbeit in Bayern	67
7	Schlußbemerkung	70
8	Anhang.....	71
	Quellen- und Literaturverzeichnis	72

Abkürzungsverzeichnis

BFB	Bibliotheksforum Bayern (Publikation der bayrischen Staatsbibliothek)
BUB	„Buch und Bibliothek“ (Fachzeitschrift für das Bibliothekswesen) / Hrsg. Vom Verein der Bibliothekare und Assistenten
ca.	circa (=ungefähr)
DB	„die bücherei“ (Fachzeitschrift für das öffentliche Bibliothekswesen in in Rheinland-Pfalz)
DBV	Deutscher Bibliotheksverband
EKZ	ekz.bibliotheksservice GmbH (früher: Einkaufszentrale für Bibliotheken)
Etc.	Et cetera (=und so weiter)
ID	Informationsdienst (Besprechungsdienst der EKZ)
KMK	Kultusminister
OPAC	Online Public Access Catalogue

1 Vorwort

Die vorliegende Arbeit bezieht sich auf die gegenwärtige Situation, in der sich die staatlichen Fachstellen und die von Vereinen oder Verbänden getragenen Büchereizentralen, aber auch die öffentlichen Bibliotheken befinden. Neben diesen Einrichtungen wird das öffentliche Bibliothekswesen auch von Fachstellen in kirchlicher Trägerschaft gefördert, die sich in der Zielsetzung und in ihrem Wirkungsbereich (teilweise auf Bundesebene) von den oben genannten Einrichtungen stark unterscheiden. Ein Vergleich der Organisationsstruktur und den Aufgaben kirchlicher Fachstellen mit den zuvor vorgestellten Einrichtungen stellt eine interessante Fragestellung dar, die jedoch den zeitlichen Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Die Reform der Verwaltungsstrukturen im staatlichen und kommunalen Sektor, die gespannte finanzielle Lage der Länder und Gemeinden und die immer schneller werdenden informations- und kommunikationstechnologischen Entwicklungen bilden die Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich die Aufgaben und Funktionen der staatlichen Fachstellen, der Büchereizentralen und auch der öffentlichen Bibliotheken verändern. Während in den 80er Jahren viele öffentliche Bibliotheken in Neubauten oder in umgebaute historische Gebäude einzogen und das öffentliche Bibliothekswesen steigende Besucher- und Ausleihzahlen verzeichnen konnte, tritt mittlerweile vielerorts eine Stagnation oder sogar Rückschritte des bislang Erreichten ein. Gerade zu diesem Zeitpunkt ist die fachliche Beratung und Unterstützung der öffentlichen Bibliotheken durch die Fachstellen und den Büchereizentralen besonders wichtig. Die Maßnahmen, die in mehreren Fällen als Folge von Einsparungszwängen auf Landesebene zu einer erheblichen Reduktion von Leistungen der Fachstellen und Büchereizentralen führten, zeigen auf, dass die Bedeutung der Bibliotheksförderung auf Landesebene von den politisch Verantwortlichen noch nicht genügend wahrgenommen wird.

2 Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen in Deutschland

Bei der Weiterentwicklung des öffentlichen Bibliothekswesens in der Bundesrepublik zu einem leistungsfähigen Bibliothekssystem kommt den Fachstellen eine entscheidende Rolle zu. Diese Einrichtungen beraten und unterstützen die öffentlichen Bibliotheken in allen fachlichen Fragen. Fachstellen bieten Dienstleistungen an, die die öffentlichen Bibliotheken aus personellen und finanziellen Gründen oft selbst nicht erbringen können. Die übergeordnete Aufgabe von Fachstellen besteht in der Mitarbeit an der Verwirklichung einer gleichmäßigen und flächendeckenden Informations-, Literatur- und Medienversorgung.

Die 1952 gegründete „Fachkonferenz der Staatlichen Büchereistellen“ ermöglicht den Fachstellen einen länderübergreifenden Informations- und Meinungsaustausch, diese Tagung dient als Arbeitsgremium und findet jährlich in einem anderen deutschen Bundesland statt. Die veröffentlichten Protokolle dieser Fachkonferenz sind Zeugnisse der vergangenen Diskussionen und Beschlüsse, von denen bereits zahlreiche Impulse für die Weiterentwicklung einer zeitgemäßen Fachstellenarbeit ausgegangen sind.

2.1 Rechtliche Grundlagen – Rechtsträger

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ordnet die Zuständigkeit auf dem Gebiet der Kultur und dem Schulwesen den einzelnen Bundesländern zu. So wird in Artikel 30¹ und 70² des Grundgesetzes die „Kulturhoheit“ den einzelnen Bundesländern übertragen. Das heißt, jedes Bundesland verfügt über eine eigenständige Kultur- und Bildungspolitik, die sich unter anderem auch mit den Fragen des öffentlichen Bibliothekswesens befasst.

¹ Hesselberger, Dieter: Das Grundgesetz. Bonn, 1996, S. 210

² Hesselberger, Dieter: Das Grundgesetz. Bonn, 1996, S. 210

Artikel 28 (2) weist den Gemeinden das Recht zu, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“.³ Dabei ist zu beachten, dass es sich bei der öffentlichen Bibliothek um eine freiwillige Aufgabe handelt. In Dänemark beispielsweise, ist die Einrichtung von öffentlichen Bibliotheken eine Pflichtaufgabe der Gemeinden.⁴

Während also die Einrichtung und der Unterhalt öffentlicher Bibliotheken zu den freiwilligen Leistungen der Gemeinden und den Gemeindeverbänden gehört, liegt es in der Verantwortung der Länder, für ein ausgeglichenes Bibliothekssystem zu sorgen. Demnach sind Staatliche Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen Einrichtungen der einzelnen Bundesländer mit dem Auftrag, unter Berücksichtigung von „staatlichen Richtlinien, Dienstanweisungen und Fördergrundsätzen“⁵, die Weiterentwicklung des öffentlichen Bibliothekswesens „auf der Grundlage anerkannter fachlicher Standards und Normen zu unterstützen“.⁶

So sind die Rechtsträger der Staatlichen Fachstellen meistens auch die jeweiligen Bundesländer. Ebenso können aber auch Vereine und Verbände, in denen das Land unter Umständen Mitglied ist, Rechtsträger von Fachstellen sein. Beispiele hierzu sind in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen zu finden. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das die Existenz von Fachstellen gesetzlich festlegt. Einige Länder haben die Aufgabe der Bibliotheksförderung in ihre Verfassungen aufgenommen, darunter auch Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Die Mehrheit der Staatlichen Fachstellen bezieht ihre rechtlichen Grundlagen aus den Erlassen und Verwaltungsvorschriften ihrer Unterhaltsträger. Diese Richtlinien erläutern in unterschiedlichem Umfang ihre Aufgaben und Funktionen.

³ **Hesselberger, Dieter:** Das Grundgesetz. Bonn, 1996, S. 203

⁴ **Johansen, A.:** Service für die dänische Minderheit, in: BuB 53 (2001) 10/11; S 634

⁵ **Das Bibliothekswesen der Bundesrepublik Deutschland.** Wiesbaden. 1999, S. 157

2.1.1 Baden-Württemberg

Am 01.01.1976 trat das „**Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens**“⁷ in Baden-Württemberg in Kraft, ohne jedoch den Bibliotheksträgern noch dem Land Rechtsverpflichtungen aufzuerlegen. Die Errichtung und der Unterhalt öffentlicher Bibliotheken waren schon zu dieser Zeit als freiwillige Aufgabe der Kommunen definiert und die finanzielle Beteiligung des Landes an den Bibliothekskosten war nur unverbindlich geregelt.

1980 wurde das „Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens“ novelliert. Als besonders nachteilig für das öffentliche Bibliothekswesen erweist sich §11(1): „Die laufenden Aufwendungen kommunaler Bibliotheken sind durch die Leistungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs abgegolten“.⁸ Da, wie schon erwähnt, die Unterhaltung von öffentlichen Bibliotheken zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen gehört, gibt es auch keinen gesetzlich festgeschriebenen, dafür vorgesehenen Betrag.

Eine außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs verbindliche finanzielle Förderung durch zweckgebundene Zuschüsse für die Medienbeschaffung durch das Land Baden-Württemberg steht somit außer Betracht. Gestrichen wurden mit dem Inkrafttreten von §11(2) Zuschüsse für die Errichtung und den Ausbau kommunaler Bibliotheken, die das Land Baden-Württemberg vor dem 01.01.1980 gewährte.⁹ Allerdings wurde die Förderung nicht mit sofortiger Wirkung beendet, für die Übergangszeit von 5 Jahren konnten für Bibliothekserrichtung und -ausbau noch Zuschüsse genehmigt werden.

Die Definition der Aufgaben und Kompetenzen Staatlicher Fachstellen für öffentliche Bibliotheken blieb, verglichen mit 1976, unverändert. In §12,1 heißt es: „Die staatlichen Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen beraten und unterstützen die Träger öffentlicher Bibliotheken beim Aufbau normengerechter Bibliotheken und bei der Entwicklung leistungsfähiger Bibliothekssysteme“.¹⁰

⁶ **Das Bibliothekswesen der Bundesrepublik Deutschland.** Wiesbaden, 1999, S. 158

⁷ vgl. **Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens** vom 16.12.1975, in: BuB 26 (1976) 3; S. 233-238

⁸ **Gesetze des Landes Baden-Württemberg.** München, 2000, Weiterbildung 166, S. 5

⁹ **Gesetze des Landes Baden-Württemberg.** München, 2000, Weiterbildung 166, S. 5

Die Nennung der Fachstellen im Plural drückt den Willen des Landes Baden-Württemberg aus, das öffentliche Bibliothekswesen im gesamten Landesgebiet zu fördern. Die vier Staatlichen Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen in Freiburg, Karlsruhe Reutlingen und Stuttgart gehören zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg und sind den vier Regierungspräsidien Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen nachgeordnet.¹¹ Der Schwerpunkt der staatlichen Bibliotheksförderung durch das Land Baden-Württemberg liegt in der Bereitstellung dieser Fachstellen. Mit normengerechten Bibliotheken ist die Orientierung am fachlichen Standard, wie sie unter anderem im „Bibliotheksplan '93“ genannt werden, gesichert.

2.1.2 Rheinland-Pfalz

Die Staatliche Büchereistelle Rheinhessen-Pfalz in Neustadt wurde 1921 gegründet und die Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz in Koblenz 1948/1949. Ihr Rechtsträger ist das Land Rheinland-Pfalz.

Beide Fachstellen sind als nachgeordnete obere Landesbehörden dem Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur direkt unterstellt.¹² Zu ihren rechtlichen Grundlagen zählt Art. 37(1) der Landesverfassung, der Erlass des Ministeriums für Unterricht und Kultus vom 14.12.1948 sowie ein Runderlass vom 20.12.1948 des gleichen Ministeriums und die Verwaltungsvorschrift, welche 1994 vom Ministerium für Bildung und Kultur auf den Weg gebracht wurde. Die Aufgabe, das öffentliche Bibliothekswesen in Rheinland-Pfalz zu fördern, liegt gemäß Artikel 37 Satz 1 der Landesverfassung in der Verantwortung sowohl dem Staat als auch den Gemeinden.¹³

Auch wenn das Land selbst nicht Unterhaltsträger der öffentlichen Bibliotheken ist, trägt es, unter Berücksichtigung der im Grundgesetz verankerten kommunalen Selbstverwaltung, durch die Einrichtung der staatlichen Fachstellen und

¹⁰ **Gesetze des Landes Baden-Württemberg.** München, 2000, Weiterbildung 166, S. 5

¹¹ http://www.fr.fachstelle.bib-bw.de/wir_aufaben.html (11.10.2002)

¹² vgl. <http://www.landesbuechereistelle.de/aufgabe1.html> (Zugriff 08.10.2002)

¹³ vgl. <http://www.landesbuechereistelle.de/aufgabe1.html> (Zugriff 08.10.2002)

mittels finanzieller Unterstützung zu einer Weiterentwicklung der öffentlichen Bibliotheken bei.

Schon damals, wie der Erlass von 1948¹⁴ zeigt, befanden sich die Fachstellen in einer Mittlerstellung. Die damalige Staatliche Landesfachstelle für Büchereiwesen Rheinland-Pfalz in Koblenz (seit 1994 Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz) „erhielt die Aufgabe, zum einen das Ministerium in allen Fragen es Büchereiwesen zu beraten und zum anderen die Gemeinden...kostenlos bei der Errichtung, Weiterführung und Reorganisation zu unterstützen“.¹⁵

Das heutige Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur (bis 1994 Ministerium für Bildung und Kultur, danach bis 2001 Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen) des Landes Rheinland-Pfalz gab unter Mitwirkung der beiden Staatlichen Büchereistellen im Januar 1994 die Verwaltungsvorschrift „Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens in Rheinland-Pfalz“¹⁶ heraus.

Ziel dieser umfassenden Richtlinien ist es, den Auf- und Ausbau des öffentlichen Bibliothekswesen unter Berücksichtigung der vorhandenen Defizite (→Kapitel 5.2.1) anhand von *gezielten* Maßnahmen und Empfehlungen zu unterstützen. Neben allgemeinen bibliothekspolitischen Forderungen und konkreten Hinweisen, die sich vorwiegend auf den Aufbau und Betrieb von kommunalen, öffentlichen Bibliotheken beziehen, werden Regelungen der Landesförderung getroffen und deren Kriterien genannt.

Für die Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz und die Staatliche Büchereistelle Rheinhessen-Pfalz legt die Vorschrift Aufgaben, Funktion und Kompetenzen fest. Dabei wurde der Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz in Koblenz Sonderaufgaben zugeteilt. Sie ist somit „koordinierende Fachinstanz für das öffentliche Bibliothekswesen des Landes und erfüllt übergeordnete Aufgaben“.¹⁷

¹⁴ **Wagner, Michael:** Öffentliche Bibliotheken und Bibliothekspolitik in der Pfalz (1921-1996). 1996, S. 130

¹⁵ **Wagner, Michael:** Öffentliche Bibliotheken und Bibliothekspolitik in der Pfalz (1921-1996). 1996, S.130

¹⁶ **Förderung des öffentlichen Bibliothekswesen,** in: BibliotheksInfo 4(1995)5; S. 304-313

¹⁷ **Förderung des öffentlichen Bibliothekswesen,** in: BibliotheksInfo 4(1995)5; S. 309

Von besonderer Bedeutung ist die Landesförderung, die sich „schwerpunktmäßig [auf] die Errichtung neuer oder die grundlegende Neuorganisation bestehender Bibliotheken“¹⁸ in Form von Pilotprojekten richtet.

Da die Bibliotheken in den ländlichen Gebieten im Vergleich zu den Städten noch unzureichend vorhanden und nach fachlichen Gesichtspunkten unbefriedigend entwickelt sind und die Bibliotheken im Süden von Rheinland-Pfalz besser ausgestattet sind als im Norden, soll die Förderung längerfristig zu einem Abbau der bestehenden Gefälle führen.¹⁹ Auf einer Rede zur Eröffnungsveranstaltung der Bibliothekstage Rheinland-Pfalz, die im November 2001 stattfanden, bezeichnete Roland Härtel, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur, die Verwaltungsvorschrift „als Basis für eine zeitgemäße Bibliothekspolitik“²⁰. Dafür sprechen auch die Erfolge, die mit Unterstützung des Ministeriums und dem Engagement der beiden Büchereistellen erzielt werden konnten.

2.1.3 Schleswig-Holstein

Die Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens ist in der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein verankert. Das Land ist gemäß §9 Absatz 3 dieser Verfassung verpflichtet, die öffentlichen Bibliotheken bei ihrer Weiterentwicklung zu fördern.²¹ Über die Art und die Kriterien der Fördermaßnahmen sind keine Aussagen enthalten.

Rechtsträger der Büchereizentrale ist jedoch nicht das Land, sondern der Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V., welcher am 01.07.1995 (aus zwei Vorgängervereinen zusammengefasst) gegründet wurde.²² Als privat-rechtlich organisierter Verein übernimmt er die Zuständigkeit für das schleswig-holsteinische Büchereiwesen und unterhält die Büchereizentrale Schleswig-Holstein in der Funktion einer Fachstelle, mit den Standorten in Flensburg und

¹⁸ Förderung des öffentlichen Bibliothekswesen, in: BibliotheksInfo 4(1995)5; S. 310

¹⁹ Pilotprojekt-Bibliotheken in Rheinland-Pfalz 1987-1999, Koblenz, S. 12

²⁰ <http://www.mbww.rpl.de/web2/web/seiten/aktuelles/reden/haertel14.htm> (10.09.02)

²¹ vgl. Büchereiverein Schleswig-Holstein, 2000; S. 2

²² <http://www.bz-sh.flensburg.de/bzprofil.htm>

Rendsburg.²³ Verglichen mit der organisatorischen Eingliederung der staatlichen Fachstellen in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz, ist die Büchereizentrale nicht als nachgeordnete Landesbehörde tätig, sondern als Einrichtung eines Vereins.

Mitglieder des Büchereiverein Schleswig-Holsteins können die Städte, Kommunen und Kreise des Landes sein, mit denen komplizierte vertragliche Vereinbarungen zur „kontinuierliche[n] Finanzierung“²⁴ der Büchereien getroffen werden. Die Finanzierung des Büchereivereines erfolgt über Mitgliedsbeiträge, Einnahmen für Dienstleistungen und über Zuwendungen des Landes, die aufgrund eines Vertrages verpflichtend festgelegt sind.

Für die Neuorganisation im Jahre 1995 waren die Entwicklungen der vergangenen acht Jahrzehnte entscheidend, in denen das Büchereiwesen, abgesehen von dem der kreisfreien Städte, von zwei Vereinen, dem Deutschen Grenzverein (Träger der Büchereien im Landesteil Schleswig) und dem Verein Büchereiwesen in Holstein (Verein der kommunalen Büchereiträger im Landesteil Holstein) und ihren Büchereizentralen, als auch von der Landesbüchereistelle Schleswig-Holstein betrieben wurde.²⁵

Um die Strukturen überschaubarer und die Leistungen der Einrichtungen effizienter zu gestalten, wurden die zentralen Einrichtungen, die beiden Büchereizentralen in Rendsburg und Flensburg, der Landesbüchereistelle Schleswig-Holstein und die Landeszentralbibliothek unter dem Dach des 1995 gegründeten Büchereivereins Schleswig-Holstein e.V. zusammengeführt und die Landesbüchereistelle zum 01.10.1995 per Erlass des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur aufgelöst.²⁶

²³ <http://www.bz-sh.flensburg.de/bzprofil.htm>

²⁴ <http://www.bz-sh.flensburg.de/bzprofil.htm>

²⁵ **Lorenzen, H.J.:** Von der Staatlichen Beratungsstelle bis zum Büchereiverein Schleswig Holstein, in: BuB 47 (1995) 7/8; S. 689

²⁶ **Lorenzen, H.J.:** Von der Staatlichen Beratungsstelle bis zum Büchereiverein Schleswig Holstein, in: BuB 47 (1995) 7/8; S. 691 und **Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V.**, 1995; S. 3

2.2 Positionen und Ziele

Die eigenständige Kultur- und Bildungspolitik der einzelnen Bundesländer und die unterschiedliche Finanzkraft von Ländern und Kommunen bestimmen ganz erheblich die Weiterentwicklung des öffentlichen Bibliothekswesens. Demzufolge fällt die Versorgung mit allgemein zugänglicher Information durch öffentliche Bibliotheken für die Gesellschaft in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich aus. Jedoch können Positionspapiere, Manifeste und Zielbestimmungen auch ohne rechtsverbindliche Wirkung dieser Entwicklung durch Aufzeigen einer gemeinsamen Zukunftsperspektive entgegenwirken und den Bibliotheken dabei helfen ihre Position zu festigen.

2.2.1 Deutscher Städtetag

Als kommunaler Spitzenverband vertritt der Deutsche Städtetag die Interessen der in ihm zusammengeschlossenen Städte gegenüber den Regierungen und Parlamenten. Als Forum aller Fragen kommunaler Angelegenheiten gehören zur Organisationsstruktur des Spitzenverbandes auch Fachausschüsse. Nach der Empfehlung „Die Bibliotheken in der Kulturarbeit der Städte“²⁷, die der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages am 18.03.1987 vorlegte, sind die öffentlichen Bibliotheken „für die kulturelle und soziale Infrastruktur einer Stadt unverzichtbar“²⁸. Diese Einrichtungen dienen der Gesellschaft als Ort der Kommunikation. Sie bieten Angebote für die persönliche Freizeitgestaltung und für die berufliche Weiterbildung, leisten aber auch einen wichtigen Beitrag zur Leseförderung. Der Deutsche Städtetag sieht zur Erfüllung der Medien- und Literaturversorgung ein gestuftes System an Bibliotheken vor, welches durch Leihverkehr und Kooperation und mit Unterstützung der Staatlichen Fachstellen die Dienstleistungen optimiert.

²⁷ Die Bibliotheken in der Kulturarbeit der Städte, 1987

²⁸ Die Bibliotheken in der Kulturarbeit der Städte, 1987, S.5

2.2.2 Bibliotheken '93

Ein wichtiges Grundlagenpapier für den Auf- und Ausbau des deutschen Bibliothekswesens stellt das 1994 von der Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände herausgegebene Dokument „Bibliotheken '93“²⁹ dar. Als überarbeitete Fassung des „Bibliotheksplans '73“ greift das Positionspapier die Gliederung des deutschen Bibliothekswesens in vier Funktionsstufen auf und ordnet den jeweiligen Bibliothekstypen ihre entsprechenden Aufgaben zu. Der übergeordnete Gedanke besteht in der an fachlichen Normen orientierten Weiterentwicklung eines leistungsfähigen Bibliotheksnetzes, dessen Dienstleistungen dem differenzierten gesellschaftlichen Bedarf gerecht wird.

Zur ersten Stufe zählt das Planungspapier kleine und mittlere öffentliche Bibliotheken, die mit einem Mindestbestand von 10.000 Medien den Grundbedarf decken, ebenso wie Mittelpunktbibliotheken für den erweiterten Grundbedarf. Zentralbibliotheken decken den gehobenen Bedarf und kennzeichnen die zweite Stufe. Die dritte Funktionsstufe, der man beispielsweise die Landes- und Hochschulbibliotheken zuordnet, sieht die Versorgung für den spezialisierten Bedarf vor. Bibliotheken von nationalem Interesse, eingeordnet in der vierten Stufe, (zum Beispiel die Staatsbibliothek zu Berlin) decken den hochspezialisierten Bedarf.

Zur Förderung des Bibliothekswesens werden im Grundlagenpapier die staatlichen Fachstellen als „regionale Planungs-, Beratungs- und Arbeitsstellen“³⁰ bezeichnet und ihre Aufgaben definiert. Im Hinblick auf die Verwaltungsmodernisierung weist die Positionsbeschreibung darauf hin, dass die Reformbemühungen der Verwaltungsreform nicht zu einer „ungerechtfertigten Ressourcenreduktion“³¹ der öffentlichen Bibliotheken führen sollen, sondern zu einer effektiven Verwendung der vorhandenen Mittel. Während an der Erarbeitung des Bibliotheksplan '73 die kommunalen Vertreter beteiligt waren, wurde das Positionspapier ausschließlich von der fachlichen Seite konzipiert, was dazu führte, dass es bei den Bibliotheksträgern nicht immer so angenommen wurde wie das vorherige Gutachten.

²⁹ **Bibliotheken '93:** Strukturen - Aufgaben - Positionen. Göttingen. 1994

³⁰ **Bibliotheken '93:** Strukturen - Aufgaben - Positionen. Göttingen. 1994 S. 32

³¹ **Bibliotheken '93;** Strukturen - Aufgaben - Positionen. Göttingen. 1994 S. 9

Dennoch stellt „Bibliotheken '93“ mit dem Gedanken der differenzierten Literaturversorgung, durch ein gestuftes System an Bibliotheken anhand von Normen und Richtwerten, aber auch aufgrund der sorgfältigen und fachlichen Konzeption eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung einer flächendeckenden und allgemein zugänglichen Informationsversorgung durch Bibliotheken dar.

2.2.3 Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder

Die Kultusministerkonferenz (KMK) ist ein länderübergreifendes Gremium der Wissenschafts- und Kulturpolitik. Ihre Aufgabe ist es, die unterschiedlichen Tendenzen der eigenständigen Kultur- und Bildungspolitik wahrzunehmen und durch die Entwicklung von Normen und Empfehlungen auf eine Vereinheitlichung hinzuwirken. 1994 legten sie ihre dritte Empfehlung zum öffentlichen Bibliothekswesen vor.

Dabei ordnet der Beschluss die Einrichtung und Erhaltung von öffentlichen Bibliotheken der „eigenständigen Kulturarbeit der Kommunen“³² zu, verweist aber auch auf die Verantwortung der Länder, die „...im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Einrichtung und die Erhaltung Öffentlicher Bibliotheken durch finanzielle Zuwendung“³³ und durch „zentrale Einrichtungen“³⁴ zu fördern haben. Als vorrangiges Ziel wird die Förderung der Bibliotheken in ländlichen Regionen durch staatliche Zuwendungen genannt.

Einen weiteren Schwerpunkt setzen die Kultusminister mit der Forderung nach neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, die den Betriebsablauf und die Dienstleistungen der Bibliotheken effizienter gestalten und die Teilnahme an einem Verbundsystem ermöglichen sollen.

³² 3. Empfehlung der KMK, 1994 S. 1

³³ 3. Empfehlung der KMK, 1994 S. 1

³⁴ 3. Empfehlung der KMK, 1994 S. 4

2.2.4 Manifest der UNESCO 1994

Die UNESCO, als internationale Organisation, weist in ihrem „Public Library Manifesto 1994“³⁵ auf die Defizite des deutschen Bibliothekswesens im Vergleich mit anderen Industrienationen hin. Ein zentraler Aspekt des Manifestes besteht in der Chancengleichheit aller Bürger im Hinblick auf den Zugang zu Informationen. Eine fehlende bundesweite Gesetzgebung, die unzureichende Literatur-, Informations- und Medienversorgung in Krankenhäusern und Gefängnissen, sowie auch die Erhebung von Benutzungsgebühren widersprechen in ganz erheblicher Weise den Bestimmungen des Manifestes. Ähnlich wie auch die Positionspapiere zuvor formuliert die UNESCO Auftrag und Funktion öffentlicher Bibliotheken, weist aber zur Gewährleistung von Kooperation auf die Notwendigkeit eines nationalen Bibliotheksverbunds.

2.2.5 Die Staatlichen Fachstellen, ihr Auftrag und die Leistungen der Länder für das öffentliche Bibliothekswesen der Bundesrepublik Deutschland

Entsprechend dem Positionspapier liegt der Auftrag der Fachstellen darin, den „Aufbau eines gestuften Bibliotheksnetzes und die Kooperation der Bibliotheken auf allen Ebenen und in allen Arbeitsfeldern“³⁶ zu fördern. Die Aufgaben aller Fachstellen in der Bundesrepublik Deutschland einheitlich zu definieren ist nicht möglich, weil die Arbeit dieser Einrichtungen für das öffentliche Bibliothekswesen der einzelnen Länder aufgrund der „Kulturhoheit“, aber auch wegen den regionalen Gegebenheiten zu unterschiedlich ausfällt. Das Positionspapier von 1997 bezieht sich, unter Berücksichtigung der zuvor genannten möglichen Abweichungen im Tätigkeitsfeld von Fachstellen, auf das „Gesamtspektrum“³⁷ der Fachstellenarbeit.

³⁵ <http://www.bdbverband.de/seiten/publik-vortrag/Manifest%20der%20UNESCO%201994.pdf>

³⁶ Die Staatlichen Fachstellen [...]; S. 5

³⁷ Die Staatlichen Fachstellen [...]; S. 6

³⁸Einen wichtigen Bereich im Aufgabenkatalog der Fachstellen stellt die Planung und die Konzeption dar. Damit ist die Mitarbeit der Fachstellen bei der Erstellung von Landesentwicklungs- und Regionalplänen für den Bereich des öffentlichen Bibliothekswesens, aber auch an örtlichen Bibliotheksentwicklungsplänen gemeint. Zu den planenden Tätigkeiten gehört auch die Erarbeitung fachlicher Empfehlungen und staatlicher Richtlinien. Das Positionspapier sieht die beratende und koordinierende Funktion der Fachstellen in den Bereichen des Bibliotheksbaus und -umbaus, der Anschaffung von Fahrbibliotheken und bei der Einführung einer EDV-Technik vor.

Darüber hinaus geben Fachstellen Hilfestellungen beim Bestandsaufbau, sie beraten in Fragen der Personalplanung und der Betriebsorganisation aber auch in Rechtsangelegenheiten.

Die Zuweisung staatlicher Fördermittel für öffentliche Bibliotheken soll über die Fachstellen erfolgen. Als staatliche Einrichtungen zur Förderung von öffentlichen Bibliotheken bieten sie zentrale Dienstleistungen, wie die Bereitstellung von Leih- und Austauschbeständen, die Beschaffung und Verteilung von Bibliotheksmaterialien und der Lieferung ausleihfertiger Medien an.

Die Zielbeschreibung sieht vor, dass Bibliotheken durch die Innovationsarbeit der Fachstellen über wichtige, bibliotheksrelevante Entwicklungen informiert werden sollen. Für die zukünftige Fachstellenarbeit spielt die Medienkompetenz eine besondere Rolle. Gerade öffentliche Bibliotheken sind bestens dafür geeignet, möglichst vielen Bürgern die Nutzung neuer Informationstechnologien und moderner Medien zu ermöglichen. „Fachstellen sind dabei mehr denn je gefordert, als Koordinierungsstellen...fördernde und beratende Dienste bereitzustellen“³⁹. Zu den zukünftigen Schwerpunkten im Aufgabenfeld der Fachstellen gehört auch weiterhin die Beratung und Unterstützung der öffentlichen Bibliotheken in *allen* fachlichen Fragen, sowie die kontinuierliche Fortbildung der Mitarbeiter von Bibliotheken. Als „Fachinstanzen der Länder“⁴⁰ wird der Aus-

³⁸ die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf: Die **Staatlichen Fachstellen** [...]; S. 6 - 9

³⁹ Die **Staatlichen Fachstellen** [...]; S. 9

⁴⁰ Die **Staatlichen Fachstellen** [...]; S. 10

gleich bestehender struktureller Unterschiede auch in Zukunft für die Fachstellen eine wichtige Rolle spielen. Neben der regionalen Vernetzung der Bibliotheken, gewinnt die grenzüberschreitende Vernetzung von Bibliotheken an Bedeutung. Weitere wichtige Aufgabenfelder bestehen in der Förderung von „Aktivitäten im Bereich der elektronischen Medien“⁴¹ und in der Kooperation mit dem wissenschaftlichen Bibliothekswesen.

Aus dem Positionspapier geht hervor, dass sich aus den Zielsetzungen die Aufgaben ableiten lassen, sie sozusagen „verwoben“ sind. Deutlich zeigt die Zielbeschreibung auf, wie vielfältig das Aufgabengebiet von Fachstellen sein kann. Um sich auch weiter den Anforderungen und Aufgaben in befriedigendem Maße stellen zu können, benötigen die Fachstellen ausreichend Personal und eine gesicherte finanzielle Grundlage.

Dafür sollte den Unterhaltsträgern von Fachstellen die Bedeutung, die diese Einrichtungen für das öffentliche Bibliothekswesen haben, bewusst sein. Es bleibt zu wünschen, dass das Positionspapier auch in dieser Hinsicht einen wichtigen Beitrag leistet, damit es auch weiterhin zu positiven Entwicklungen kommen kann, die es ohne der Initiative von Fachstellen (man denke nur an die verschiedenen Internet-Projekte in Rheinland-Pfalz) vermutlich nicht gäbe.

⁴¹ Die **Staatlichen Fachstellen** [...]; S. 10

3 Anforderungen der Mediengesellschaft an die Öffentlichen Bibliotheken

3.1 Wandel der Gesellschaft

Die Bezeichnungen „Mediengesellschaft“ und „Informationsgesellschaft“ weisen auf die Auswirkungen hin, die die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und Medien auf die Gesellschaft haben. Die Übergänge von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und von der Dienstleistungsgesellschaft zur Informationsgesellschaft sind fließend. Man nimmt an, dass dieser Wandel (von der Industriegesellschaft zur Informationsgesellschaft) für die Menschen ebenso prägend sein wird, wie die Veränderungen, die im 18. Jahrhundert in Europa durch die wissenschaftlich-technischen Fortschritte den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft bewirkten.⁴²

Die rasanten Entwicklungen im informations- und kommunikationstechnologischen Bereich werden mittlerweile als die „dritte technologische Revolution“⁴³ bezeichnet, welche sich immer mehr auf die Lebens- und Arbeitsbereiche der Menschen auswirkt. In der Arbeitswelt kommt es durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien⁴⁴ und den neuen Medien zu einem grundlegenden Wandel. Während die Tätigkeiten im Produktionsbereich abnehmen werden, gewinnen im Dienstleistungssektor insbesondere die „sekundären Dienstleistungen“⁴⁵ an Bedeutung. Unter sekundären Dienstleistungen versteht man Tätigkeiten die „nicht unmittelbar der Bedarfsdeckung des Endverbrauchers dienen“⁴⁶, die aber dennoch für die Entwicklung der Wirtschaft notwendig sind. Zu diesem Tätigkeitsbereich gehören Aufgaben wie die Organisation, Bildung, Beratung und Information. Die primären Dienstleistungen umfassen beispielsweise Verkaufstätigkeit, Bürotätigkeit, etc..

⁴² **Perspektiven der Buch- und Kommunikationskultur.** Tübingen, 2000, S. 33

⁴³ **Politik für Öffentliche Bibliotheken.** Bad-Honnef, 1998, S.19

⁴⁴ im Folgenden verkürzt *luK-Technologien* genannt

⁴⁵ **Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft.** Bonn, 1998, S. 113

⁴⁶ **Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft.** Bonn, 1998, S. 113

Die zunehmend informations- und wissensbasierten Tätigkeiten erfordern entsprechende Qualifizierungen der Mitarbeiter.⁴⁷ Angesichts der kontinuierlich abnehmenden „Halbwertszeit“⁴⁸ des Wissens, müssen kontinuierliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu einer Aktualisierung des Wissens und damit zum Erhalt der erworbenen Qualifikation beitragen. Im Hinblick auf die Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland sind insbesondere jene Weiterbildungsmaßnahmen notwendig, die auch den Erwerbslosen eine Qualifikation ermöglichen, damit auch sie mit der Zeit „Schritt“ halten können. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass dem Aspekt des „Lebenslangen Lernens“ eine bedeutende Rolle zukommt und die Weiterbildung zunehmend eine eigenverantwortliche Aufgabe des Einzelnen in der Gesellschaft wird.

Die Möglichkeiten der IuK-Technologien wirken sich auch zunehmend auf den Alltag der Bürger aus und verändern insbesondere gewohnte Kommunikationsstrukturen der Gesellschaft. Der Trend zur Individualisierung, der sich seit der industriellen Revolution abzeichnet, setzt sich auch in der beginnenden Informationsgesellschaft weiter fort.⁴⁹ Werte, Ansichten und Meinungen, die die unterschiedlichen Gesellschaftsschichten und Klassen voneinander trennten verlieren an gemeinsamer Gültigkeit. Der Einzelne hat die Möglichkeit sich in Anlehnung an die kleineren unterschiedlichen Milieus selbst zu definieren, dabei bestimmt das Individuum zunehmend selbst, welchen Gruppen er wie lange angehören möchte.⁵⁰

In dieser Entwicklung spielt das Internet eine besondere Rolle. Mit einem haushaltsüblichen PC und einem Internet-Anschluß (ISDN/Modem) kann jeder Bürger die unterschiedlichen Internet-Dienste nutzen. Die Nutzungsmöglichkeiten im Internet lassen sich grob gliedern: mit dem Internet besteht für den Nutzer die Möglichkeit Informationen abzurufen (selbstgesteuerte Informationsrecherche) oder zu publizieren und auch mit anderen Teilnehmern (interaktiv) zu kommunizieren.⁵¹

⁴⁷ hier und im Folgenden wird für eine bessere Lesbarkeit nur die männliche Form verwendet, gemeint sind selbstverständlich alle Mitarbeiterinnen.

⁴⁸ **Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft.** Bonn, 1998, S. 116

⁴⁹ **Perspektiven der Buch- und Kommunikationskultur.** Tübingen, 2000, S. 33

⁵⁰ **Zukunft der Bibliothek.** Reutlingen, 2000, S. 70

⁵¹ **Orientierung in der Informationsgesellschaft.** Konstanz, 2000, S. 35

⁵² Die Kommunikationsdienste im Internet lassen sich, ebenfalls grob, nach den Gruppen „synchron und asynchron“, „unimedial und multimedial“ und „individual- und gruppenorientiert“ unterscheiden. Zu den synchronen Kommunikationsdiensten gehört der WWW-Chat. Hier kommunizieren die Teilnehmer nicht zeitversetzt, sondern in „Echtzeit“. Die synchrone, multimediale Kommunikation schließt die Verwendung graphischer Elemente mit ein (beispielsweise Bilder). Zu den meist genutzten asynchronen Kommunikationsdiensten gehört die Verwendung von E-Mail. Charakteristisch für die asynchrone Kommunikation ist der zeitliche Abstand, der zwischen Aktion und Reaktion der Teilnehmer liegt.

Auch bei der asynchronen Kommunikation lassen sich multimediale Elemente verwenden (beispielsweise die Versendung von Videomail). Die vorgestellten Kommunikationsdienste ermöglichen eine Individual- oder Massenkommunikation. Das Internet gewinnt auch im Hinblick auf die persönliche Meinungs- und der politischen Willensbildung zunehmend an Gewicht.

Die Grundkenntnisse, die zur Nutzung des Internet erforderlich sind, lassen sich in der Regel schnell erlernen. Schwierigkeiten tauchen häufig erst mit dem Suchen nach gezielten Informationen im Internet auf. Der Grund hierfür liegt in der dezentralen Organisation des Internet, die es jedem Teilnehmer ermöglicht, seine eigenen Publikationen im Internet abzulegen.⁵³ Da all diese Dokumente nicht fortlaufend nach einheitlichen Kriterien erfasst und auf ihren Inhalt überprüft werden können, ist das Finden von relevanten Informationen auch mit Hilfe von „Internetsuchsystemen“⁵⁴ nicht einfach.

Bei Multimedia-Angeboten spielt der Aspekt der interaktiven Nutzung eine wichtige Rolle. Anders als zum Beispiel beim Fernsehen können die Nutzer hier die Aktionen aktiv und kreativ mitgestalten. Hinsichtlich der Fort- und Weiterbildung gewinnen die neuen Medien (CD-ROMs, Internet, etc.) zunehmend an Gewicht. Mittlerweile existieren zahlreiche (Online oder Offline-) Angebote, die in Form eines Selbstlernkurses Wissen vermitteln.

⁵² die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf: **Orientierung in der Informationsgesellschaft**. Konstanz, 2000, S. 38

⁵³ **Orientierung in der Informationsgesellschaft**. Konstanz, 2000, S. 36

⁵⁴ **Orientierung in der Informationsgesellschaft**. Konstanz, 2000, S. 36

Die gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen wirken sich auch auf das Wachstum des Weiterbildungsmarktes aus, der mittlerweile eine eigene Dienstleistungsbranche darstellt und die hohe Nachfrage der Gesellschaft und die „beschleunigte Wissensentwertung“⁵⁵ widerspiegelt. Die neuen Medien und Medientechnologien erweitern den individuellen Handlungsspielraum des Einzelnen innerhalb der Gesellschaft und lassen unterschiedlichste Rezipientenbedürfnisse entstehen, aber um das Spektrum an Möglichkeiten im Umgang mit den modernen Medien nutzen zu können, ist die Entwicklung und Förderung von Medienkompetenz notwendig.

3.1.1 Medienkompetenz

Medienkompetenz umfasst mehrere Aspekte und setzt die Lese- und Schreibfähigkeit voraus. Vorrangig sind damit die Kompetenzen gemeint, die den Einzelnen in der Gesellschaft zu einem kritischen und produktiven Umgang mit den unterschiedlichen Medien und den Medientechnologien befähigen. Für den Einzelnen wird es mit der Möglichkeit der selbst gesteuerten Informationsrecherche immer wichtiger, selbst Informationen analysieren und bewerten zu können (Kompetenz für Contents)⁵⁶.

In dieser Hinsicht lässt sich die Medienkompetenz in mehrere Teilkompetenzen gliedern, die „weit über die Aneignung technischer Computerkenntnisse“⁵⁷ hinausgehen. Zu den Teilkompetenzen gehört die Fähigkeit Medienbotschaften kritisch und reflektierend zu verstehen, die Medien sinnvoll zu nutzen und den „Bezug zur gesellschaftlichen Wirklichkeit“⁵⁸ im Umgang mit den Medien erkennen zu können. Des weiteren zählt zu den Teilkompetenzen die Fähigkeit Medien zur Kommunikation einzusetzen, aber auch das Wissen (Medienkunde) über die Produktionsbedingungen der neuen Medien und Mediensysteme.⁵⁹

Die immer schnelleren technischen Innovationszyklen erfordern eine Anpassung der Medienkompetenz an diese raschen Entwicklungen. Um einer Aus-

⁵⁵ **Zukunft der Bibliothek.** Reutlingen, 2000, S. 70

⁵⁶ **Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft.** Stuttgart, 2000, S.44

⁵⁷ **Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft.** Bonn, 1998, S. 15

⁵⁸ **Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft.** Stuttgart, 2000, S.5

weitung der schon bestehenden Wissenskluft in der Gesellschaft vorzubeugen, bezieht sich die Notwendigkeit der Vermittlung von Medienkompetenz auf alle gesellschaftlichen Schichten.⁶⁰ Die Entwicklung medialer Kompetenzen beginnt schon im Elternhaus. Die Sprachkompetenz wird innerhalb der acht ersten Lebensjahre entwickelt und die Phase der Entwicklung der Lesekompetenz findet mit der Pubertät ihren Abschluss.⁶¹ Des weiteren hängt die Fähigkeit, mit den neuen Technologien und den neuen Medien umzugehen, auch von der Schulbildung ab. Studien zufolge, nutzen Jugendliche mit höherer formaler Bildung den PC regelmäßiger und intensiver als Hauptschüler.⁶²

Die „Mediatisierung des Alltags“⁶³ betrifft die Erwachsenen ebenso wie die Kinder und Jugendlichen. Besonders betroffen von der Gefahr, von den neuen Medien und deren Nutzungsmöglichkeiten ausgeschlossen zu werden, sind Personen, die über weniger Bildung und geringere finanzielle Möglichkeiten verfügen. Viele Experten halten den „chancengleichen und diskriminierungsfreien Zugang“⁶⁴ zu den neuen Medien für das Funktionieren der Gesellschaft und der Wirtschaft für unverzichtbar. Dass dies eine schwierige Aufgabe ist, zeigen Beispiele aus den USA. Dort versuchen der Staat und private Initiativen dem „Digital Divide“⁶⁵ mit unterschiedlichen Förderprogrammen zu begegnen. Die immer größer werdende Spaltung zwischen Informationsreichen und Informationsarmen konnte in den USA durch die Förderprogramme bislang nicht aufgehalten werden.⁶⁶

Ein weiterer Versuch in den USA, einen freien Zugang zu neuen Technologien und Medien zu schaffen, besteht in der Einrichtung so genannter „Community

⁵⁹ **Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft.** Stuttgart, 2000, S.5

⁶⁰ **Orientierung in der Informationsgesellschaft.** Konstanz, 2000, S. 132

⁶¹ **Hoffmann, H.:** Die Rolle der Bibliotheken in der Wissensgesellschaft, in: die bücherei 45 (2001) 1; S. 9

⁶² vgl. **Medien und Internet - Perspektiven und Aufgaben für kleinere Öffentliche Bibliotheken.** Saarbrücken, 2001, S. 46

⁶³ **Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft.** Stuttgart, 2000, S. 40

⁶⁴ **Orientierung in der Informationsgesellschaft.** Konstanz, 2000, S. 132

⁶⁵ **Medien und Internet - Perspektiven und Aufgaben für kleinere Öffentliche Bibliotheken.** Saarbrücken, 2001, S. 62

⁶⁶ **Medien und Internet - Perspektiven und Aufgaben für kleinere Öffentliche Bibliotheken.** Saarbrücken, 2001, S. 34

Technology Centers“⁶⁷. Diese Kommunalen Computerzentren („Low-Income Communities“)⁶⁸ werden zumeist in Gegenden errichtet, in denen ein großer Teil der Bevölkerung über ein geringes Einkommen verfügt. Die kostengünstigen Bildungsangebote der „Low-Income Communities“ zielen auf die Vermittlung von Medienkompetenz. Betrieben werden diese Einrichtungen in den meisten Fällen von verschiedenen kulturellen und sozialen Organisationen.⁶⁹ Neben vielen anderen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten bemüht sich auch die Bundesrepublik Deutschland um die Verwirklichung einer gleichgestreuten Grundversorgung, die möglichst vielen Bürgern und insbesondere den Schülern den Zugang zu neuen Informationstechnologien bietet.

⁷⁰So entstand im Jahre 2000 in Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem DBV und der Initiative „Schulen ans Netz“ ein Projekt, das in über 1300 Öffentlichen Bibliotheken die Einrichtung so genannter Medienkompetenzzentren (PC-Ausstattung mit Multimedia-Computern einschließlich Software)⁷¹ ermöglichte. Unterstützt wurde das Vorhaben von der Deutschen Telekom AG, die für rund 700 der am Projekt teilnehmenden Bibliotheken ein Startguthaben von jeweils 1000 DM bereitstellte.

Um in die Förderung einbezogen zu werden, mussten folgende Kriterien seitens der öffentlichen Bibliotheken eingehalten werden: Hauptamtliche Leitung der Bibliothek, mindestens 10 Öffnungszeiten in der Woche und die Motivation der Bibliotheksmitarbeiter an Internet-Schulungen teilzunehmen. Vom Bundesministerium für Bildung und Forschung wurde für die Einrichtung der Medienkompetenzzentren über 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

⁶⁷ vgl. **Medien und Internet - Perspektiven und Aufgaben für kleinere Öffentliche Bibliotheken**. Saarbrücken, 2001, S. 35

⁶⁸ **Medien und Internet - Perspektiven und Aufgaben für kleinere Öffentliche Bibliotheken**. Saarbrücken, 2001, S. 35

⁶⁹ **Medien und Internet - Perspektiven und Aufgaben für kleinere Öffentliche Bibliotheken**. Saarbrücken, 2001, S. 35

⁷⁰ die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf. **Medienkompetenzzentren in Büchereien**, in: bibliotheken info-comp@ct, 1-2001; S. 3

⁷¹ **Brunsch, R.:** Das Thema Bestandsaufbau in der Fachstellenarbeit; S. 67

3.2 Öffentliche Bibliotheken im Wandel

Wie zuvor ausgeführt, reichen die IuK-Technologien immer weiter in die Lebensbereiche der Gesellschaft hinein, nicht nur am Arbeitsplatz, auch in der Freizeit spielt der Einsatz von neuen Medien für immer mehr Bürger eine wichtige Rolle. Vor allem das Internet stellt ein scheinbar unerschöpfliches Informationsreservoir und ein wichtiges Instrument der Meinungsbildung dar. Aber auch andere neue Medien, wie beispielsweise die CD-ROM, bieten unzählige Möglichkeiten für den Einsatz in der Freizeit, Alltag und Beruf.

Damit auch finanziell schwächere Gruppen der Gesellschaft, aber auch Personen, die sich aus anderen Gründen noch nicht mit den neuen Medien auseinandergesetzt haben, an den neuen Entwicklungen partizipieren können, sind kostengünstige und flächendeckende Zugänge zu den neuen Medien und die Vermittlung von Medienkompetenz notwendig. Hiermit entsteht für die öffentliche Bibliothek, deren grundlegende Funktion schon immer in der Bereitstellung von Medien und Informationen *für alle Schichten* der Bevölkerung bestand und die über einen hohen Grad an Öffentlichkeitserreichung verfügt, neue Aufgaben.

Die Anforderungen der Gesellschaft an die öffentlichen Bibliotheken beziehen sich auf die Möglichkeit, kostenlos bzw. kostengünstig *neue* Medien nutzen zu können und dafür kompetente Anleitung seitens der Bibliotheksmitarbeiter zu erhalten. Um die Möglichkeiten der Medien voll ausschöpfen zu können, kommt der Beratung durch die öffentlichen Bibliotheken eine entscheidende Rolle zu. Insbesondere das Internet erfordert die Fähigkeit, Informationen auf ihre Qualität bewerten zu können.

Der Aspekt des „lebenslangen Lernens“ führt in der Gesellschaft zu einer Ausdifferenzierung der individuellen Bildungsbedürfnisse, damit verbunden entsteht ein erhöhter Bedarf an Weiterbildungsmöglichkeiten. Um den geänderten Anforderungen der Gesellschaft gerecht zu werden, gehören Angebote an Lernmöglichkeiten in Form von Kursen und Schulungen, die vorrangig Medienkompetenz vermitteln, zu den neuen Aufgaben öffentlicher Bibliotheken.

Zahlreiche öffentliche Bibliotheken bieten bereits seit mehreren Jahren Kurse im Bereich der neuen Medien an. Vorrangig handelt es sich um einmalige Internet-Einführungskurse. Weniger häufig bieten öffentliche Bibliotheken, insbe-

sondere kleinere Einrichtungen, modular aufgebaute Schulungsprogramme an, da dies aus personellen und finanziellen Gründen häufig nicht zu leisten ist.

Neben den eher „klassischen“ Kursen, in denen ein Referent den Teilnehmern Wissen vermittelt, gewinnen Online oder Offline-Kurse, die ein selbstbestimmtes Lernen ermöglichen, zunehmend an Gewicht. Für die öffentlichen Bibliotheken ist das ein interessanter Aspekt für die Erweiterung des bestehenden Bildungsangebots. Ein Internet-Arbeitsplatz mit entsprechender Software ermöglicht den Nutzern ein Lernen in Eigenregie. Die Vorteile von Online oder Offline-Selbstlernkurse liegen auf der Hand: Der Nutzer muss sich nicht an vorgegebene Termine halten, auf die er keinen Einfluss hat und er kann das Lerntempo selbst festlegen, die Bibliothek verfügt über ein Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten, die sich je nach dem Inhalt der Software an mehrere Zielgruppen richten kann und zudem während der gesamten Öffnungszeit zur Verfügung steht.

Viele der rheinland-pfälzischen öffentlichen Bibliotheken bieten mittlerweile Online-Selbstlernkurse an (Infol@b → Kapitel 5.2.2.5). Da Selbstlernkurse nicht jedem liegen, spielen die üblichen Veranstaltungen, bei denen ein Referent Wissen vermittelt und die Teilnehmer durch praktische Übungen in den Ablauf mit einbezogen werden, weiterhin eine große Rolle. Neben den Angeboten an neuen Medien und den entsprechenden Schulungsprogrammen sollte die öffentliche Bibliothek Informationen in strukturierter Form anbieten, um den Benutzern den Weg durch den „Informationsdschungel“ zu erleichtern. Das geschieht bereits in vielen öffentlichen Bibliotheken mit der Erstellung von themenorientierten Linksammlungen.

Ein neues Projekt in Bezug auf „Information als Serviceleistung“ ist ILEKS, worunter eine bundesweite Kooperation zur Erschließung von Internetquellen zu verstehen ist. An dem Internet-Lektoratsservice ILEKS, der sich gegenwärtig noch im Aufbau befindet, sind gegenwärtig die Stadtbibliothek Bremen, die Zentral- und Landesbibliothek Berlin, die Stadtbibliothek Paderborn und die Büchereizentrale Schleswig-Holstein beteiligt.⁷² Bei diesem Projekt handelt es sich um den Aufbau einer Datenbank, die Interessierten einen Zugang zu den von den Öffentlichen Bibliotheken erschlossenen und bewerteten Internetquellen

bieten soll. In Bezug auf die bibliothekarische Auskunftsarbeit spielt die schnelle Informationsbeschaffung eine immer größere Rolle. Mittlerweile bieten insbesondere die größeren Bibliotheken Recherchedienste an. Für öffentliche Bibliotheken ist daher interessant, mit welchen Datenangeboten sie ihr Dienstleistungsspektrum erweitern können. Zahlreiche größere öffentliche Bibliotheken bieten bereits Datenbankrecherchen als reguläres Dienstleistungsangebot an.

Für die Bewältigung der neuen Aufgaben benötigen die öffentlichen Bibliotheken zusätzliches Personal, kontinuierliche Fortbildungen für Mitarbeiter, einen ausreichenden Erwerbungsetat und eine geeignete technische Ausstattung. Angesichts der knappen finanziellen Ressourcen der öffentlichen Haushalte stellen diese neuen Anforderungen keine leichte oder sogar für einige öffentliche Bibliotheken eine überhaupt nicht oder nur im Ansatz realisierbare Aufgabe dar. Dennoch bringen zahlreiche der öffentlichen Bibliotheken günstige Voraussetzungen zur Vermittlung von Medienkompetenz mit. Diese Einrichtungen liegen in den meisten Fällen zentral in einem Ort oder in einer Stadt, die Zugangsschwelle ist dort relativ gering und viele (wenn auch längst nicht alle) der öffentlichen Bibliotheken verfügen über öffentlich zugängliche Internet-Arbeitsplätze.

Um zusätzliche finanzielle Mittel für die Erfüllung der neuen Aufgaben erhalten zu können, müssen öffentliche Bibliotheken gegenüber den Bibliotheksträgern überzeugend argumentieren. Die Tatsache, dass die Mitglieder einer Wissensgesellschaft auf einen offenen Zugang zur Information existentiell angewiesen sind, stellt für die öffentliche Bibliothek auch die Chance dar, sich als unverzichtbare Einrichtung der kompetenten Informationsvermittlung zu profilieren.⁷² Um das zu erreichen, haben öffentliche Bibliotheken ihr Selbstverständnis zu verändern.

Da die Vermittlung von Medienkompetenz eine gesellschaftspolitische Aufgabe ist, sind neben den öffentlichen Bibliotheken auch andere medienpädagogi-

⁷² **Miedtke, Erwin:** ILEKS, in: BIBLIOTHEKSDIENST 34. Jg. (2000), H. 7/8; S. 1182-1183

⁷³ **Hoffmann, Hilmar:** Die Rolle der Bibliotheken in der Wissensgesellschaft, in: die bücherei 45 (2001) 1; S. 5

schen Bildungseinrichtungen (beispielsweise die kirchlichen Medienzentralen)⁷⁴ für die Umsetzung dieser Aufgabe verantwortlich. Wünschenswert wäre, dass sich auch weitere kulturelle und soziale Einrichtungen für die Vermittlung von Medienkompetenz engagieren.⁷⁵ Ein Beispiel für ein vielseitiges Kursprogramm in Bezug auf Computer und neue Medien ist die baden-württembergische Stadtbibliothek Freiberg am Neckar.

⁷⁶Durch die Teilnahme an einem Wettbewerb, das die Landesinitiative Baden-Württemberg Medi@ im Rahmen des Aktionsprogramms „Internet für Alle“ 2001 für kommunale und regionale Internet-Projekte ausschrieb, gelang es der Stadtbibliothek Freiberg am Neckar als einzige Bibliothek ein Fördergeld von 25.000 DM zu gewinnen. Ziel des Wettbewerbes war es, die Internet-Anschlüsse in Baden-Württemberg von ca. 35% auf 50% zu steigern. Das im Wettbewerb prämierte Konzept der Stadtbibliothek Freiberg a.N. beinhaltete die verstärkte Verbreitung der kompetenten Internet-Nutzung. Schon zuvor, seit 1997 bot diese Stadtbibliothek Internet-Kurse an. Aufgrund der hohen Nachfrage wurde das Angebot ausgeweitet.

Mittlerweile besteht für Erwachsene, aber auch für Kinder und Jugendliche, die Möglichkeit an modular aufgebauten Computer-Schulungen teilzunehmen, in der die Vermittlung von Internet-Kenntnissen integriert sind. Des weiteren gehören HTML-Kurse und Internet-Schnupperkurse für Erwachsene oder Senioren zum regulären Programm.⁷⁷ Da diese Schulungen aus zeitlichen Gründen nicht von den Bibliotheksmitarbeitern gehalten werden können, engagiert die Bibliotheksleiterin Referenten, denen auch Oberstufenschüler angehören. Aufgrund der hohen Nachfrage und einer damit verbundenen Mundpropaganda sind aufwendigere Werbemaßnahmen nicht nötig.⁷⁸ Als Kleinstadtbibliothek mit rund 30.000 Medien verfügt diese Einrichtung über ein vielseitiges Schulungsprogramm, mit dem sie einen wichtigen Schritt zum Medienkompetenzzentrum

⁷⁴ **Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft.** Stuttgart, 2000, S. 41

⁷⁵ **Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft.** Stuttgart, 2000, S. 43

⁷⁶ diese Informationen beziehen sich auf Materialien, die bei einer Besichtigung dieser Stadtbibliothek am 19.02.2002 verteilt wurden.

⁷⁷ <http://www.freiberg.bib-bw.de/internet.html> (Zugriff 11.10.2002)

⁷⁸ Informationen von **Frau A. Wehr** (Stadtbibliothek Freiberg a.N.); Gespräch am 19.02.2002

vollzogen hat.⁷⁹ Das Beispiel der Stadtbibliothek Freiberg a.N. zeigt, dass hinsichtlich der Internet-Kurse eine große Nachfrage vorhanden ist, obwohl auch andere kulturelle Einrichtungen ähnliche oder gleiche Inhalte vermitteln. Fragebögen, die zum Teil während den Internet-Kursen in öffentlichen Bibliotheken verteilt und von den Teilnehmern ausgefüllt wurden, belegen die hohe Akzeptanz dieser Veranstaltungen, sofern sie inhaltlich professionell vermittelt werden.

Vielleicht spielt es eine Rolle, dass die meisten der Bibliotheksbesucher öffentliche Büchereien während ihrer freien Zeit frequentieren und diese Einrichtungen dadurch meistens ohne einen Leistungsdruck erleben. In einer Umgebung, die man als angenehm empfindet, traut man sich vermutlich eher etwas auszuprobieren, was einem noch fremd ist. Und sicherlich gibt es gegenwärtig noch genug Menschen, darunter sind wahrscheinlich auch viele ältere Personen, die noch keine Gelegenheit hatten oder sich scheuten, die Auseinandersetzung mit den neuen technologischen Möglichkeiten im Bereich der Medien (beispielsweise Internet) in Angriff zu nehmen.

Bei der Konzeption von Veranstaltungen öffentlicher Bibliotheken, die den Umgang mit den neuen Medien zum Inhalt haben, sollte die Evaluierung der soziodemographischen Bedingungen am Ort und in der Umgebung deshalb nicht zu kurz kommen, um die Zielgruppen zukünftiger Angebote bestimmen zu können.

3.3 Folgerungen für die Fachstellen

Die veränderten Aufgabenstellungen im öffentlichen Bibliothekswesen führen zu einem erheblich gestiegenen Fortbildungsbedarf der Bibliotheksmitarbeiter. Die Fachstellen sind mehr denn je gefordert, fachliche Fortbildungen zu organisieren, die der Nachfrage entsprechen. Da sich die öffentlichen Bibliotheken mit der Einführung der modernen Medien und der Vermittlung von Medienkompetenz auf einen neuen Weg begeben, müssen die Mitarbeiter der Bibliotheken zuerst selbst Kompetenzen erwerben.

⁷⁹ <http://www.freiberg.bib-bw.de/medien.html> (Zugriff 11.10.2002)

Eine weitere wichtige Aufgabe der Fachstellen besteht darin, die öffentlichen Bibliotheken in Fortbildungsveranstaltungen über neue mögliche Informationsangebote zu informieren. Hier sei insbesondere auf den „Nutzen und den Mehrwert von Datenbankangeboten“⁸⁰ hingewiesen, die bereits von einigen öffentlichen Bibliotheken genutzt werden können.

Einen weiteren Schwerpunkt im Fortbildungsbereich für die Mitarbeiter von öffentlichen Bibliotheken bildet das „Neue Steuerungsmodell“. Die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Bibliothek hängt sehr davon ab, in wieweit sie Erfolgsfaktoren wie Wirtschaftlichkeit, Produktivität und Qualitätsniveau in ihrer Arbeit berücksichtigt. Schulungsbedarf besteht auch im Hinblick auf die Argumentationsfähigkeit einer Bibliotheksleitung gegenüber dem Bibliotheksträger, wenn es beispielsweise um die Begründung der Notwendigkeit für die personelle oder sachliche Ausstattung geht.

Fachstellen können durch entsprechende Fortbildungsmaßnahmen zu einer Professionalisierung der bibliothekarischen Dienstleistungen beitragen. Das erfordert von den Fachstellen, dass sie den bibliotheksrelevanten Entwicklungen immer einen Sprung voraus sein müssen, um rechtzeitig entsprechende Schulungsprogramme anbieten zu können. Schon im Positionspapier der Fachstellen von 1997 wird deutlich, dass diese Einrichtungen ihren Auftrag als „bibliothekarische Fortbildungsanbieter“⁸¹ anerkannt haben. Das belegen auch die verschiedenen Publikationen von Fachstellen, die über Fortbildungsangebote informieren.⁸²

Für den Bereich „Vermittlung von Medienkompetenz“ sollten Fachstellen zukünftig Schulungsprogrammen konzipieren, die es den öffentlichen Bibliotheken ermöglicht, diese Schulungsprogramme in Eigenregie durchzuführen ohne dafür die intensive Vorarbeit für die Erstellung eines Konzeptes leisten zu müssen. Dies könnte in Form vorbereiteter Schulungsmaterialien und in der Bereitstellung vorgefertigter Werbematerialien geschehen. Die Staatliche Büchereistelle

⁸⁰ **Seefeldt, J.:** Neues von den Staatlichen Büchereistellen der Länder, in: die bücherei 46 (2002) 1; S. 59-60

⁸¹ **Die Staatlichen Fachstellen** [...]; S. 18

⁸² Als Beispiel dient die Publikation „**die bücherei**“ der Landesbüchereistelle Koblenz in Rheinland-Pfalz (Heft 2/2001; S. 143-145)

Rheinessen-Pfalz setzte diese Forderung mit dem Projekt „Internet-Fitness Programm für Frauen“ (→ Kapitel 5.2.2.3) auf beispielhafte Weise um.

Zahlreiche kleinere öffentliche Bibliotheken können den Bedarf ihrer Benutzer an neuen Medien (CD-ROMs, DVDs) in Folge zu geringer Etatansätze nicht zufrieden stellend decken. Da ein aktueller Bestand maßgeblichen Einfluss auf die Attraktivität dieser Einrichtungen hat, stellen Leihringe eine wichtige Dienstleistung der Fachstellen dar. Dieses Angebot ermöglicht den öffentlichen Bibliotheken die Ergänzung ihres Bestandes mit neuen Medien für eine bestimmte Zeit oder über einen unbefristeten Zeitraum (beispielsweise die Büchereizentrale in Lüneburg) ⁸³. Lieferdienste und Bestellmöglichkeiten über das Internet optimieren den Service der Fachstellen, der auch in Zukunft für zahlreiche öffentliche Bibliotheken eine wichtige Unterstützung darstellt. Die elektronische Vernetzung von Bibliotheken sichert der Bevölkerung eine gleichmäßige Informationsversorgung. Die Aufgabe der Fachstellen besteht darin, diese Vernetzung auch weiterhin voran zu treiben.

Schrumpfende Haushaltsmittel öffentlicher Bibliotheken führen dazu, dass diese Einrichtungen gezwungen sind ihre Leistungen zu reduzieren. Den Fachstellen kommt die Aufgabe zu, neue Finanzierungsmöglichkeiten (beispielsweise Sponsoring) auszuloten und die öffentlichen Bibliotheken darüber zu informieren um einen Rückgang der Bibliotheksleistungen zu verhindern. Auch für die Fachstellen bestehen Möglichkeiten, die finanzielle Förderung durch das Land durch weitere Mittel zu ergänzen. Eine bisher noch unkonventionelle Möglichkeit ist die Teilnahme an Wettbewerben, wie sie gelegentlich von Landesministerien für innovative Ideen ausgeschrieben werden. Neben dem materiellen Gewinn profitiert auch das Image dieser Einrichtungen, die somit ihre Position festigen können. Beide Einrichtungen - die Fachstellen und die Öffentlichen Bibliotheken - befinden sich gegenwärtig in der Situation ihren Auftrag und ihre Leistungen deutlich heraus stellen zu müssen, um die politischen Entscheidungsträger als zukunftsorientierte Investitionen überzeugen zu können.

Positiv wäre es, wenn sich diese Einrichtungen - trotz der rigorosen Rotstiftpolitik - nicht zur Resignation verleiten lassen und die Einflüsse die ihre gegen-

⁸³ <http://www.bz-lueneburg.de/Pages/angebot/dvd.htm> (Zugriff 07.10.2002)

wärtige Situation bestimmen, als Chance begreifen könnten um mit einem veränderten Selbstverständnis den Herausforderungen erfolgreich zu begegnen.

4 Schlanker Staat

Die Ausweitung von Staatsaufgaben und die Zunahme von Staatsausgaben, führten insbesondere in den 90er Jahren zu einer wirtschaftlichen und strukturellen Krise des Staates. Das betrifft nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, auch andere Industrienationen sind unter anderem wegen des „ausufernden Sozialsystems“,⁸⁴ zum Sparkurs gezwungen.

Verursacht wurde die desolate finanzielle Lage in Deutschland durch die Wiedervereinigung und die Rezession.⁸⁵ Zu den wesentlichen Zielen der deutschen Innenpolitik gehört daher die Umsetzung der Devise des „Schlanken Staates“.⁸⁶ Dafür bedarf es einer effizienten und leistungsstarken Verwaltung, wie sie hauptsächlich durch die Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung entstehen kann. Schon in den 50er Jahren wurde Kritik an einer „zunehmend institutionell unübersichtlichen, personell überfrachteten und Steuergelder verschlingenden Staatsbürokratie“⁸⁷ laut.

In der wirtschaftlichen Krise in der Mitte der 70er Jahre wuchsen die Staatsschulden wieder an, was eine erneute Diskussion über eine notwendige Verwaltungsreform entfachte. Insbesondere wurden dem Staat eine ausufernde Bürokratisierung und nur schwer durchschaubare Verwaltungsstrukturen vorgeworfen.⁸⁸ Die damaligen Forderungen zur „Entbürokratisierung“⁸⁹ sind auch heute noch aktuell.

⁸⁴ **Schlanker Staat - Verwaltungsmodernisierung im Bund.** Speyer, 1998 S. 155

⁸⁵ **Schlanker Staat - Verwaltungsmodernisierung im Bund.** Speyer, 1998 S. 96

⁸⁶ **Schlanker Staat - Verwaltungsmodernisierung im Bund.** Speyer, 1998 S. 155

⁸⁷ **Schlanker Staat - Verwaltungsmodernisierung im Bund.** Speyer, 1998 S. 31

⁸⁸ **Schlanker Staat - Verwaltungsmodernisierung im Bund.** Speyer, 1998 S. 36

⁸⁹ **Schlanker Staat - Verwaltungsmodernisierung im Bund.** Speyer, 1998 S. 37

4.1 Verwaltungsmodernisierung

Mit der Verwaltungsumstrukturierung der 90er Jahre sollen Staatsaufgaben auf ihre Kernfunktionen zurückgeführt und Staatsausgaben gesenkt werden. Darüber hinaus soll eine Optimierung von Dienstleistungen der Verwaltung ebenfalls zur Kostenreduktion beitragen, wie auch den Bedürfnissen der Bürger mehr entgegenkommen.

⁹⁰Zu den Maßnahmen der Umstrukturierung gehören insbesondere die Verminderung von Staatsaufgaben durch Privatisierung und der Reduzierung öffentlicher Leistungen. So wurde beispielsweise 1998 eine „jahrhundertealte[n] Tradition eines staatlichen Monopols“ durch die Auflösung des Ministerium für Post und Telekommunikation, das seit 1920 als oberste Postbehörde fungierte, beendet und die unternehmerischen Aufgaben auf drei öffentliche Unternehmen (u.a. Deutsche Bundespost POSTBANK) übertragen.⁹¹

Um die Effizienz der Verwaltung zu steigern werden Aufgaben gebündelt, Behörden aufgelöst, verkleinert oder zusammengelegt und Kompetenzen nach „unten“ verlagert. Das „Effiziente Personalmanagement“ stellt einen weiteren Schwerpunkt der Verwaltungsmodernisierung dar. Hierzu gehört die Motivation der Mitarbeiter durch verschiedene Anreize wie Aufstiegsmöglichkeiten und der Verlagerung von Kompetenzen, aber auch der geplante Stellenabbau.

Eine „kundenorientierte Rechtsvereinfachung“ und Maßnahmen zur „Verwaltungs- und Verfahrensvereinfachung durch Rechtsänderung“ sollen die Kundenorientierung durch beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren erhöhen. Elemente des Managements wie beispielsweise die Kosten/Leistungsrechnung, die Budgetierung und das Controlling verändern die zuvor nur unzureichend leistungsorientierten Abläufe in der Verwaltung und fördern betriebswirtschaftliches Denken. Die Verwaltungsreform betrifft die Bundesverwaltung und die Länderverwaltung ebenso wie die Kommunalverwaltung.

⁹⁰ die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf:

Schlanker Staat - Verwaltungsmodernisierung im Bund. Speyer, 1998, S. 39, 97

⁹¹ **Schlanker Staat– eine Agenda der Verwaltungsmodernisierung im Bund.** Baden-Baden, 2000, S. 151

4.1.1 Kommunen - Öffentliche Bibliotheken

Die schwierige finanzielle Lage der Kommunen, die hauptsächlich auf das „seit Jahren ungebremste Wachstum der kommunalen Soziallasten“⁹² zurückzuführen ist, gilt als Motor der Verwaltungsreform der Kommunen. Bei der Verwaltungsmodernisierung der Kommunen gehören die öffentlichen Bibliotheken häufig zu den Einrichtungen, die bei der Umsetzung der neuen Steuerungselemente (beispielsweise Dezentrale Ressourcenverantwortung, Controlling, Budgetierung, etc.) - auch „Neues Steuerungsmodell“ genannt - ganz vorne stehen.

Für die kommunalen öffentlichen Bibliotheken ist es deshalb wichtig, dass sie sich vor der Einführung der Elemente des „Neuen Steuerungsmodells“ in ihren Betriebsablauf, auf diese neuen Maßnahmen vorbereiten. Dazu sind Fortbildungsmaßnahmen, wie sie von vielen Fachstellen zu diesem Thema angeboten werden, dringend erforderlich. Damit die öffentlichen Bibliotheken durch den strikten Sparkurs nicht zu einer drastischen Reduktion ihrer Leistungen gezwungen werden, womit zwangsläufig auch der Verlust an Attraktivität für die Bibliotheksbesucher verbunden ist, und damit die öffentlichen Bibliotheken sich ihren Teil an den knappen öffentlichen Haushaltsmitteln sichern können, sollte es den öffentlichen Bibliotheken gelingen, „ihren Auftrag und ihre Leistungen herauszustellen“.⁹³ Denn massiv schrumpfende Anschaffungsetats für Medien, Personaleinsparungen bis hin zu Schließungen von Zweigstellen mancher Stadtbibliotheken gehören mittlerweile zum Alltag im deutschen öffentlichen Bibliothekswesen.

4.1.2 Bundesländer - Staatliche Fachstellen

Auf Länderebene sind es vor allem die Bezirksregierungen - auch staatliche Mittelinstantz, Mittelbehörde oder Regierungspräsidium genannt - die einem

⁹² **Meyer, B.:** Die öffentliche Bibliothek - Möglichkeiten zur Gestaltung und Überwindung finanzpolitischer Krisen, in: die bücherei 38 (1994) 1; S. 20

⁹³ **Breitkreuz, R.:** Neues Steuerungs-Modell und Betriebsvergleich an Öffentlichen Bibliotheken, in: die bücherei 41 (1997) 2; S. 173

Wandel unterworfen sind.⁹⁴ Staatliche Fachstellen, die als Einrichtungen der Länder für die Förderung des Bibliothekswesens verantwortlich sind, und deren Zuständigkeitsbereich sich in vielen Fällen über die Regierungsbezirke ihrer jeweiligen Bundesländer erstreckt, sind in entscheidendem Maße von der Verwaltungsreform auf Länderebene und in den Bezirksregierungen betroffen.

Darüber hinaus wurden einige Staatliche Fachstellen, die zuvor den Ministerien und den Bezirksregierungen zugeordnet waren, vollständig in die Bezirksregierungen eingegliedert (Beispiele dazu findet man in Nordrhein-Westfalen → Kapitel 4.2.1), womit auch die organisatorische Struktur der Staatlichen Fachstellen verändert wurde. Um aufzuzeigen, mit welchen Problemfelder die Staatlichen Fachstellen durch die Eingliederung in die Bezirksregierungen in Berührung kommen, wird im nächsten Kapitel näher auf die Funktion und die Spannungsfelder der Bezirksregierung eingegangen.

4.1.2.1 Bezirksregierung

Vereinfacht dargestellt, befindet sich die Bezirksregierung mit der Aufgabe der allgemeinen Verwaltungstätigkeit zwischen der Landesregierung und den Kommunen, wobei sie der ersteren untergeordnet und den letzteren übergeordnet ist. Die Aufgaben der Bezirksregierung differieren in den einzelnen Bundesländern und waren aufgrund ihrer Struktur schon häufig Gegenstand von Diskussionen. Eine Gemeinsamkeit der Bezirksregierungen besteht in der Bündelung von Funktionen. Kernfunktion der Bezirksregierung ist die Aufsicht über nachgeordnete staatliche Behörden und gegenüber den Kommunen.⁹⁵

Eine weitere wichtige Funktion der Bezirksregierung ist „der Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“⁹⁶, wozu polizeiliche Angelegenheiten gehören. Daneben sind Bezirksregierungen in Fragen der Personalführung (beispielsweise Entscheidungen bezüglich Stellenbesetzung), der Bewilligung von Bundes- und Landesmitteln - auch im Hinblick auf Förderprogramme der Kultur - und für

⁹⁴ <http://foev.dhv-speyer.de/widut/mittelinstanzen.htm> (Zugriff am 04.10.2002)

⁹⁵ Stöbe, S.; Brandel, R.: Die Zukunft der Bezirksregierung, Berlin. 1996; S.16

⁹⁶ Stöbe, S.; Brandel, R.: Die Zukunft der Bezirksregierung, Berlin. 1996; S.16

Genehmigungen, als auch für Planungen zuständig.⁹⁷ Die Kritik bezüglich den Bezirksregierungen bezieht sich insbesondere auf ihre uneinheitliche und unübersichtliche Struktur dieser Verwaltung und auf hoheitliche Funktionen

(wie beispielsweise die Kommunalaufsicht) dieser Behörden. Für die Kontrollfunktion der Bezirksregierungen über die rechtmäßige Umsetzung von beispielsweise den verschiedenen Bundes- und Landesgesetzen der ihr unterstellten Behörden und Kommunen wurde der Begriff „Regelungskultur“⁹⁸ gefunden. Insbesondere kommt es bei den Kommunen gegenüber den hoheitlichen Funktionen der Bezirksregierungen zu einem Akzeptanzverlust.

Die Kommunen benötigten im Zuge der Gebietsreformen der 70er Jahre in zunehmendem Maße qualifiziertes Personal, womit die Fachkompetenz der Kommunen zunahm und sie so ihre Position festigen konnten.⁹⁹ Aufgrund der durch die Höherqualifizierung der Mitarbeiter erworbenen Kompetenzen besteht auch gegenwärtig die Möglichkeit, dass Aufgaben, die bislang von der Bezirksregierung wahrgenommen werden auch auf kommunaler Ebene erledigt werden können.¹⁰⁰

Hieraus stellt sich die Frage, inwieweit die Aufsichtsfunktion der Bezirksregierungen über die Kommunen noch ausgeübt werden muss. Diese Situation wird ganz sicher in das Blickfeld der Reformbemühungen innerhalb der Verwaltungsmodernisierung rücken und Veränderungen auslösen. Anzumerken ist, dass die Bezirksregierungen auf die abnehmende Akzeptanz bezüglich ihres hoheitlichen Auftretens reagieren und dass sie versuchen die Aufsichtsfunktion in einem partnerschaftlichen Verständnis - als Beratung - auszuüben.¹⁰¹ Neben den Kommunen sind auch immer weniger Bürger bereit, den hoheitlichen Charakter der staatlichen Mittelinstanz zu akzeptieren. Gefragt sind bürgernahe Dienstleistungen, die sich von der formalen Vollzugsorientierung distanzieren. In diesem Sinne gehören Genehmigungsverfahren zu den Brennpunkten der Kritik, da diese Verfahren für die Bürger oder für die Unternehmen oft sehr langwierige Prozesse darstellen. Für Personen, die bei der Bezirksregierung

⁹⁷ Stöbe, S.; Brandel, R.: Die Zukunft der Bezirksregierung, Berlin. 1996; S.16

⁹⁸ Stöbe, S.; Brandel, R.: Die Zukunft der Bezirksregierung, Berlin. 1996; S.28

⁹⁹ Stöbe, S.; Brandel, R.: Die Zukunft der Bezirksregierung, Berlin. 1996; S.33

¹⁰⁰ Stöbe, S.; Brandel, R.: Die Zukunft der Bezirksregierung, Berlin. 1996; S.33

¹⁰¹ Stöbe, S.; Brandel, R.: Die Zukunft der Bezirksregierung, Berlin. 1996; S.35

Anträge stellen, ist insbesondere die Koordination dieser Behörden oftmals problematisch.¹⁰² Denn nicht immer werden die zuständigen Dezernate rechtzeitig über die jeweiligen Anträge informiert, so dass diese Dezernate im ungünstigen Fall erst im Nachhinein Einwände bezüglich der gestellten Anträge, zur Überraschung der Antragsteller, erheben können.¹⁰³

Ein weiteres Problemfeld im Zuständigkeitsbereich der staatlichen Mittelinstanz besteht im Bereich der Bewilligung von Förderanträgen. Die Antragsteller müssen mit den Bezirksregierungen „umfangreiche Klärungsprozesse“¹⁰⁴ führen, obwohl die Entscheidung in den Ministerien getroffen wird. Auf der einen Seite muss der Antragsteller mit der Bezirksregierung ein aufwendiges Verfahren zur Klärung durchführen und andererseits besteht bei den einzelnen Mitarbeitern dieser Behörde aufgrund der fehlenden Entscheidungskompetenz möglicherweise zu wenig Motivation für eine erfolgreiche Umsetzung des Förderantrages.¹⁰⁵

Da die Ministerien zunehmend „Vollzugsaufgaben an sich ziehen“¹⁰⁶, kommt es gelegentlich vor, dass Kommunen und die den Bezirksregierungen nachgeordnete Behörden, um eine positive Entscheidung zu erlangen, die staatliche Mittelinstanz übergehen. Reformansätze zur Modernisierung der Bezirksregierungen sollten daher eine effektivere Kooperation innerhalb der staatlichen Mittelbehörde bewirken und den Mitarbeitern dieser Behörde durch Übertragung der entsprechenden Kompetenz eine effiziente Arbeitsweise ermöglichen. Anzumerken ist, dass gegenwärtig Tendenzen zur Auflösung und Verkleinerung der Bezirksregierungen bestehen. In Rheinland-Pfalz wurden die Bezirksregierungen vor wenigen Jahren abgeschafft.

¹⁰² Stöbe, S.; Brandel, R.: Die Zukunft der Bezirksregierung, Berlin. 1996; S.46

¹⁰³ Stöbe, S.; Brandel, R.: Die Zukunft der Bezirksregierung, Berlin. 1996; S.46

¹⁰⁴ Stöbe, S.; Brandel, R.: Die Zukunft der Bezirksregierung, Berlin. 1996; S.50

¹⁰⁵ Stöbe, S.; Brandel, R.: Die Zukunft der Bezirksregierung, Berlin. 1996; S.50

¹⁰⁶ Stöbe, S.; Brandel, R.: Die Zukunft der Bezirksregierung, Berlin. 1996; S.48

4.2 Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Fachstellen

4.2.1 Nordrhein-Westfalen

Die Staatlichen Fachstellen in Nordrhein-Westfalen wurden im Zuge der Verwaltungsreform zum 01.01.1999 in die Bezirksregierungen von Nordrhein-Westfalen eingegliedert. Auf dem ersten nordrhein-westfälischen Bibliothekstag der im November 1998 in Gelsenkirchen stattfand, äußerte sich die „Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport“ Ilse Brusis zur Eingliederung der Staatlichen Büchereistellen in die Bezirksregierungen. Mit der Auflösung der bisherigen Staatlichen Büchereistellen in Nordrhein-Westfalen wolle man Klarheit über Landesaufgaben und kommunale Aufgaben im Bereich der Unterhaltung und Förderung von öffentlichen Bibliotheken schaffen.¹⁰⁷ Mit der Eingliederung der Staatlichen Büchereistellen in die Bezirksregierungen wurden einige der bisherigen Dienstleistungen aufgegeben und die ehemals vorhandenen 44 Planstellen auf 18 reduziert.¹⁰⁸

Vor der Eingliederung waren die Fachstellen zwischen dem Ministerium und den Bezirksregierungen angesiedelt, was ihnen eine relative Selbständigkeit ermöglichte. In fachlichen Fragen konnten sich die staatlichen Fachstellen direkt an das Ministerium wenden. Durch die Eingliederung in die Bezirksregierung kommt es aufgrund der verzweigten Struktur dieser Behörden für die staatlichen Fachstellen zu erheblich längeren Dienstwegen. Mit der organisatorischen Zuordnung zu den Regierungspräsidien sind die Fachstellen zum Teil fachfremden Dezernatsleitungen untergeordnet worden. Häufig umfassen die Dezernate mehrere Ressorts, so dass der Bereich Bibliothekswesen nur einen Teil des Tätigkeitsfeldes eines Dezernates ausmacht.

Zu den Tätigkeitsfeldern des Dezernates 49 der Bezirksregierung Köln, das mit der Eingliederung der Staatlichen Büchereistelle Köln um den Bereich „Bibliothekswesen“ erweitert wurde, gehören die Ressorts „Kunst- und Kulturpflege“,

¹⁰⁷ **Brusis, I.:** Öffentliche Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen [...], in: ProLibris 1/99; S. 37

¹⁰⁸ **Schmitter U.:** Personalreduzierung bei den Staatlichen Büchereistellen in Nordrhein-Westfalen, in: ProLibris 1/99; S. 65 und **Brusis, I.:** Öffentliche Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen [...], in: ProLibris 1/99; S. 37

„Weiterbildung“, „Sport“ „ und der „Zweite Bildungsweg“. ¹⁰⁹ Die ehemalige Staatliche Büchereistelle in Köln erhielt mit dieser Umstrukturierung die Bezeichnung „Bezirksregierung Köln Dezernat 49.1.2 - Öffentliche Bibliotheken“. Die gleiche Bezeichnung, die sich nur durch die verschiedenen Städtenamen unterscheidet, erhielten die weiteren vier staatlichen Fachstellen der übrigen Bezirksregierungen in Nordrhein-Westfalen. ¹¹⁰ Kritisch ist diese Umbenennung deshalb, weil aus der Bezeichnung „Bezirksregierung Köln (oder Detmold, Düsseldorf, Arnserg, etc.) Dezernat 49.1.2 - Öffentliche Bibliotheken“ nicht für jedermann eindeutig erkenntlich ist, dass es sich hiermit um eine Staatliche Fachstelle für das Öffentliche Bibliothekswesen handelt. Vergleicht man die Bezeichnungen der anderen deutschen Staatlichen Fachstellen ¹¹¹, aus denen klar hervorgeht, um welche Einrichtungen es sich dabei handelt, entsteht schon allein durch die neue Bezeichnung der nordrhein-westfälischen Fachstellen der Eindruck, dass diese im Gesamtgefüge der Bezirksregierungen untergeht. Dafür spricht auch die fehlende Existenz einer eigenen Internetpräsenz der „Bezirksregierung Köln Dezernat 49.1.2 - Öffentliche Bibliotheken“. ¹¹² Online-Informationen über das „Dezernat 49.1.2 - Öffentliche Bibliotheken“ findet man über die Homepage der Bezirksregierung Köln. Allerdings ist dort auf den ersten Blick kein Hinweis zum „Dezernat 49.1.2 - Öffentliche Bibliotheken“ zu erkennen.

Man muss schon etwas suchen, um auf dieser Homepage über die Auswahlleiste des Menüs „Aufgaben“ und den Schaltflächen „Struktur“ und „4 Schulabteilung“ zu einem Nachweis über das „Dezernat 49.1.2 - Öffentliche Bibliotheken“ als Einrichtung zur Förderung des Bibliothekswesens zu gelangen. ¹¹³ Ein Suchfeld auf der Homepage der Bezirksregierung Köln bietet die Möglichkeit einer zusätzlichen Recherche. Die Eingabe der Suchbegriffe „Bibliothek“ oder „Bibliothekswesen“ führt zu mehreren Links, worunter sich auch der Link für weitere Informationen über die Zuständigkeit des „Dezernat 49.1.2 – Öffentliche

¹⁰⁹ http://www.bezreg-koeln.nrw.de/indexn.html?/Html/content_index.html (07.10.2002)

¹¹⁰ <http://www.lfs.bsb-muenchen.de/fachstellenserver/kontakt.htm> (07.10.2002)

¹¹¹ <http://www.lfs.bsb-muenchen.de/fachstellenserver/kontakt.htm> (07.10.2002)

¹¹² Im Folgenden wird zur besseren Lesbarkeit der Begriff „Dezernat 49.1.2 - Öffentliche Bibliotheken“ verwendet.

¹¹³ http://www.bezreg-koeln.nrw.de/indexn.html?/Html/content_index.html
(Zugriff 07.10.2002)

Bibliotheken“ befindet.¹¹⁴ Demnach ist das Dezernat „regionale Planungs-, Beratungs- und Koordinationsstelle zur Weiterentwicklung des öffentlichen Bibliothekswesens“¹¹⁵

Diese Entwicklungen werfen die Frage auf, inwieweit die einzelnen nordrhein-westfälischen Fachstellen hinsichtlich ihres Auftrages, die Weiterentwicklung des öffentlichen Bibliothekswesens zu fördern, miteinander kooperieren können um „eine landesweite Koordination“¹¹⁶ und ein „einheitliches Vorgehen“¹¹⁷ zu gewährleisten. Das Ausmaß dieser Rotstiftpolitik, trifft genau jene Einrichtungen, deren Ressourcen schon immer knapp kalkuliert worden sind und erschwert den staatlichen Fachstellen ganz erheblich die Erfüllung ihres Auftrages.

Offen bleibt an dieser Stelle, welche Bedeutung die staatliche Bibliotheksförderung in der Bildungs- und Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen hat. Wünschenswert ist, dass es einer intensiven Überzeugungsarbeit seitens der staatlichen Fachstellen trotz der schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte gelingt, solch rigorosen politischen Entscheidungen entgegenzuwirken.

4.2.2 Niedersachsen

In Niedersachsen kann man von einer regelrechten „Kahlschlagpolitik“ in Bezug auf die staatlichen Fachstellen für öffentliche Bibliotheken sprechen. 1989 löste die alte Landesregierung die bei den Bezirksregierungen angesiedelten staatlichen Fachstellen auf.

Die Aufgabe, das öffentliche Bibliothekswesen zu fördern, wurde von der staatlichen Ebene auf den privat-rechtlichen Sektor verlagert, indem der Büchereiverband Lüneburg-Stade e.V. diese Zuständigkeit übernimmt. Seither wird im Regierungsbezirk Lüneburg das öffentliche Bibliothekswesen vom Büchereiverband unterstützt. 1993 versuchte das niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur diesen Kahlschlag wieder aufzuforsten und traf mit dem Bü-

¹¹⁴ http://www.bezreg-koeln.nrw.de/indexn.html?/Html/content_index.html (21.10.2002)

¹¹⁵ http://www.bezreg-koeln.nrw.de/indexn.html?/Html/content_index.html (21.10.2002)

¹¹⁶ **Schlanker Staat - moderne Fachstellen.** Wittenberg, 1999, S. 18

¹¹⁷ **Schlanker Staat - moderne Fachstellen.** Wittenberg, 1999, S. 18

chereiverband Lüneburg-Stade eine Vereinbarung, um für die kommunalen öffentlichen Bibliotheken ein flächendeckendes Beratungs- und Dienstleistungssystem aufzubauen.¹¹⁸ Seitdem bestehen vertragliche Regelungen, die den gemeinnützigen Büchereiverein Lüneburg-Stade e.V. zu Leistungen für das gesamte Land Niedersachsen, wie beispielsweise die Organisation in der Programmarbeit und zu Fortbildungsangebote, verpflichten. Dafür erhält der Büchereiverein Zuschüsse des Landes Niedersachsen.

¹¹⁹Mitglieder des Büchereiverbands Lüneburg-Stade e.V. können die Kommunen sein. Zur Förderung der Bibliotheken unterhält der Büchereiverband Lüneburg-Stade e.V. die Büchereizentrale in Lüneburg, welche durch eigenerwirtschaftete Mittel, den Zuwendungen des Landes und durch den Büchereiverband finanziert wird. Die Dienstleistungen der Bücherzentrale, zu der auch die „Beratungsstelle für Öffentliche Bibliotheken Weser-Ems“ in Aurich und die „Beratungsstelle für Öffentliche Bibliotheken Südniedersachsen“ in Hildesheim gehören, richten sich vorrangig an alle öffentlichen Bibliotheken, es gibt aber auch Angebote (Medienbearbeitung und Reorganisation), die nur von Mitgliedern des Büchereiverbandes Lüneburg-Stade in Anspruch genommen werden können.

Zu den nicht-kommerziellen Dienstleistungen der Büchereizentrale für öffentliche Bibliotheken gehört unter anderem die Beratung in Fragen von rechtlichen Angelegenheiten, der Bibliotheksinformationssysteme, der Öffentlichkeitsarbeit, zum Thema Internet in Öffentlichen Bibliotheken und zur Einführung neuer Medien. Des weiteren bietet die Büchereizentrale den öffentlichen Bibliotheken ihren Bestand an Fachliteratur zur Ausleihe an.¹²⁰ Zurzeit besteht für die öffentlichen Bibliotheken die Möglichkeit, im Rahmen eines e-learning-Projektes, das auf 220 Teilnehmer begrenzt ist, kostenlos an einer Fortbildung, zum Thema „Fokus Kunde“ teilzunehmen, die sich inhaltlich mit Aspekten der Kundenorientierung befasst.¹²¹ Gefördert wird das von der Büchereizentrale Lüneburg angebotene Projekt vom Lande Niedersachsen. Insgesamt bietet die Büchereizent-

¹¹⁸ **Niedersachsen:** Ministerin Schuchardt forstet Kahlschlag wieder auf, in: BibliotheksInfo 3 (1993); S. 222

¹¹⁹ die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf:

<http://www.bz-lueneburg.de/Pages/aboutus.htm> (Zugriff 07.10.2002)

¹²⁰ <http://www.bz-lueneburg.de/Pages/angebot/beratung.htm> (Zugriff 07.10.2002)

¹²¹ <http://www.bz-lueneburg.de/Pages/news.htm> (Zugriff 07.10.2002)

rale für die Mitarbeiter öffentlicher Bibliotheken pro Jahr circa 40 Fortbildungsveranstaltungen zu aktuellen Themen wie der Kosten/Leistungsrechnung, des Internets und der Bibliotheksmanagementsysteme an.¹²² Am Beispiel des Büchereiverbandes Lüneburg-Stade e.V wird deutlich, dass Fachstellenfunktionen auch auf Vereinsbasis ausgeführt werden können, was natürlich nicht bedeutet, dass die einzelnen Bundesländer von der Pflicht, das öffentliche Bibliothekswesen zu fördern, entbunden werden sollen. Ganz im Gegenteil, der Verein und die Büchereizentrale sind gezwungen einen bestimmten Ertrag zu erwirtschaften, um den Ansprüchen der Bibliotheken gerecht zu werden und um ihre Existenz zu sichern. Da öffentliche Bibliotheken häufig, aufgrund eigener knapper Ressourcen nicht in der Lage sind, den Betrag zu bezahlen, von dem der Verein und die Büchereizentrale in ausreichendem Maße Gewinn abschöpfen können, sind Zuschüsse (durch das Land) schlichtweg notwendig.

In Anbetracht der Entwicklungen des Deutschen Bibliotheksinstitut (DBI), das im Oktober 1999 aufgelöst und in die Nachfolgeeinrichtung Ehemaliges Deutsches Bibliotheksinstitut (EDBI) umgewandelt wurde, und angesichts der Situation der staatlichen Fachstellen in Nordrhein-Westfalen äußerte sich der Direktor Heinz-Jürgen Lorenzen der Büchereizentrale in Schleswig-Holstein in folgender Weise: „Der momentane Zustand kann nur mit Konzeptionslosigkeit für die Organisationsstruktur des deutschen Bibliothekswesens beschrieben werden“¹²³

¹²² <http://www.bz-lueneburg.de/Pages/angebot/fortbild.htm> (Zugriff 07.10.2002)

¹²³ **Funke, J.:** Vom Deutschen Bibliotheksinstitut zum Innovationszentrum für Bibliotheken, in: BIBLIOTHEKSDIENST 35 Jg. (2001), H. 9; S. 1118 und **Schlanker Staat - moderne Fachstellen.** Wittenberg, 1999, S. 19

5 Bedeutung der Fachstellen

Die Fachstellen für die öffentlichen Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland haben in den rund neun Jahrzehnten ihres Bestehens wesentlich zur Weiterentwicklung des öffentlichen Bibliothekswesens beigetragen. Wie schon erwähnt, weichen die Aufgaben der Fachstellen in den einzelnen Bundesländern voneinander ab. Das hängt zum einen von der Kulturpolitik des jeweiligen Bundeslandes, aber auch von den regionalen Gegebenheiten ab. Anhand von Beispielen der staatlichen Fachstellen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und des privat-rechtlichen Büchereivereins Schleswig-Holstein e.V. soll die bibliothekspolitische Bedeutung herausgestellt werden.

5.1 Baden-Württemberg

Die vier baden-württembergischen staatlichen Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen sind für die vier Regierungsbezirke Freiburg, Karlsruhe, Reutlingen und Stuttgart zuständig.¹²⁴ Die Fachstellen beraten die staatlichen Behörden, die Bibliotheksträger und die öffentlichen Bibliotheken in allen fachlichen Fragen. Auch wenn in Baden-Württemberg die Literatur- und Medienversorgung durch die kommunalen öffentlichen Bibliotheken deutlich besser ausfällt als in Rheinland-Pfalz, gibt es noch viele Gemeinden, in denen die Medienversorgung unzureichend ist.¹²⁵

¹²⁴ Karte über die Verwaltungsteilung des Landes Baden-Württemberg (Anhang Nr.1)

¹²⁵ Karte über die Medienversorgung durch kommunale öffentliche Bibliotheken in Baden-Württemberg (Anhang Nr.2)

5.1.1 Aufgaben

Alle vier Fachstellen arbeiten autonom voneinander. Zu ihren Aufgaben gehört beispielsweise die Beratung in Fragen des Bibliotheksbaus und -einrichtung, des Einsatzes von EDV und neuen Technologien, des Bestandsauf- und ausbaus, der Personalplanung und in rechtlichen Angelegenheiten. Sie entwickeln Bibliothekskonzeptionen, arbeiten bei Bibliotheksplanungen mit und sie erstellen fachliche Gutachten, Positionsbestimmungen¹²⁶ und Bibliotheksstatistiken. Fortbildungsveranstaltungen und die Organisation im Bereich der Programmarbeit bilden weitere wichtige Aufgabenfelder der vier Fachstellen.

Zu den zentralen Dienstleistungen zählen beispielsweise Video und CD-ROM-Leihringe, nach Themen zusammengefasste Probierangebote in verschiedenen Medienarten (Medienpakete zum Thema Sprachkurse, Computer, etc.), die Erstellung von Arbeitshilfen, die Reorganisation von Bibliotheksbeständen, Unterstützung im Leihverkehr und die Buch- und Medienbearbeitung. An der Herausgabe der Broschüre „Öffentliche Bibliotheken in Baden-Württemberg“ sind alle vier Fachstellen beteiligt. In dieser Broschüre werden neben hauptsächlich regionalen und lokalen bibliotheksrelevanten Informationen Bibliotheksneu- und umbauten in Baden-Württemberg ab einer Größe von 250 qm abgebildet.¹²⁷

5.1.2 Lese- und Literaturvermittlung

Die finanzielle Förderung des Landes Baden-Württemberg bezieht sich ausschließlich auf die Lese- und Literaturvermittlung. Im Rahmen der von der Landesregierung 1997 vorgestellten Aktion: Baden-Württemberg: Orte für Worte. Literatur Lesen“ erhielten die staatlichen Fachstellen zusätzliche Aufgaben übertragen.

¹²⁶ Positionsbestimmung der Fachstelle Stuttgart (Anhang Nr.3)

¹²⁷ Informationen von **Frau K. Niederlag (Fachstelle Stuttgart)**;
Gespräch am 01.10.2002

Neben der direkten Literaturvermittlung, womit die begleitende Programmarbeit für die öffentlichen Bibliotheken gemeint ist, sind die Fachstellen für die Belegung der rund 70 baden-württembergischen literarischen Gedenkstätten, Archive und Museen zuständig, die noch zuwenig von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Für die Bespielung der literarischen Gedenkstätten organisieren die Fachstellen Veranstaltungen wie beispielsweise Lesungen, Vorträge, literarische Spaziergänge aber auch Theater und Kinderaktionen. 1999 konzipierte die Fachstelle Reutlingen die Aktion „Denk-Mal *literarisch*“, mit der eine breitere Öffentlichkeit erreicht wurde. Mit dieser Aktion wurden Interessierte mit einer Pressefahrt, einer CD und einer Ausstellung auf regionale Spurensuche durch vierzehn literarische Werke eingeladen.¹²⁸

Informationen zu den Veranstaltungen der literarischen Gedenkstätten und Museen werden regelmäßig in Form eines Veranstaltungskalenders von den baden-württembergischen Fachstellen in Kooperation mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst herausgegeben. Seit 1998 findet in Baden-Württemberg das landesweite Lese- und Literaturfest „Frederick Tag“ statt. Diese Aktionswoche, die jedes Jahr am 20. Oktober mit einer Hauptveranstaltung beginnt, soll der Höhepunkt des literarischen Lebens in Baden-Württemberg sein und ist in der Tat zu der beliebtesten Sonderveranstaltung der öffentlichen Bibliotheken geworden.

Mit den Veranstaltungen, in die auch Schulen und Buchhandlungen einbezogen werden, erreichte man im Jahr 2000 mit Veranstaltungen wie beispielsweise Autorenlesungen, Werkstattgespräche, Schreibwettbewerbe, Literaturspaziergänge und Bilderbuchkinos rund 80.500 Menschen.¹²⁹ Die Fachstelle Reutlingen ist für die Organisation des „Frederick-Tages“ verantwortlich. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg wies der Fachstelle Reutlingen die Zuständigkeit für die Kontenverwaltung der Fördermittel für den „Frederick-Tag“ zu.

¹²⁸ **Baden-Württembergs literarische Gedenkstätten, Archive und Museen im Aufwind**, in: Öffentliche Bibliotheken in Baden-Württemberg, 1998-1999; S.17

¹²⁹ **Frederick-Tag**, in: Öffentliche Bibliotheken in Baden-Württemberg, 16 (2001); S. 4

Das bedeutet, dass die Fachstelle in Reutlingen die finanziellen Mittel koordiniert und den drei Fachstellen in Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart einen Betrag zuweist.¹³⁰ Darüber hinaus organisiert die Fachstelle in Reutlingen sämtliche Werbematerialien (Plakate¹³¹, Lesezeichen, Luftballons, etc.) die für die Durchführung des „Frederick-Tages“ erforderlich sind und die an alle teilnehmenden Bibliotheken kostenlos vergeben werden. Neben Fördermittel für den „Frederick-Tag“ werden auch Zuschüsse für das Förderprogramm „Kulturelle Aktivitäten im ländlichen Raum“ vergeben.¹³²

5.1.3 Bibliotheksneu- und umbau

Wie schon in Kapitel 2.1.1 erwähnt, wurde mit dem 1980 novellierten baden-württembergischen **„Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens“**, Zuschüsse für den Neu- oder Umbau öffentlicher Bibliotheken gestrichen. Dass es auch nach diesem Gesetz zu weiteren Bibliotheksneu- und umbauten kam und kommt, liegt unter anderem an der finanziellen Zuschussung, die im Rahmen von Ortskern- oder Denkmalsanierungsmaßnahmen vergeben werden können.¹³³ Im übrigen handelte es sich bei der finanziellen Förderung, die vor dem novellierten Gesetz für Bibliotheksneu oder -umbauten vergeben wurden um Zuschüsse in einer Betragsgröße, die über einen „Anreiz-Charakter“ nicht hinausging.¹³⁴ Die Arbeit der Fachstellen hat im Bereich des Bibliotheksbaus- oder Umbaus einen rein bibliothekarischen Bezug, was bedeutet, dass die Bibliotheksträger die Zuschussung, die im Rahmen der Ortskern- oder Denkmalsanierung möglich sind, selbst in die Wege leiten müssen.¹³⁵

¹³⁰ Informationen über die Zuständigkeit der finanziellen Fördermittel des Landes von **Herrn H. Lemke (Fachstelle Stuttgart)**; Gespräch am 02.10.2002

¹³¹ Plakat für den Frederick-Tag (Anhang Nr.4)

¹³² **Editorial:** Fachstelle Stuttgart 2 - 2001; S. 1

¹³³ Informationen über die Finanzierung von Bibliotheksneu- und umbauten von **Frau K. Niederlag (Fachstelle Stuttgart)**; Gespräch am 01.10.2002

¹³⁴ Informationen über die Fördersumme vor dem novellierten Gesetz für den Bibliotheksbau von **Frau K. Niederlag (Fachstelle Stuttgart)**; Gespräch am 01.10.2002

¹³⁵ Informationen über die Fachstellenarbeit beim Bibliotheksbau- und umbau von **Frau K. Niederlag (Fachstelle Stuttgart)**; Gespräch am 01.10.2002

Die Betreuung der Fachstellen reicht im Bereich der Bibliotheksbau- und umbaumaßnahmen von der Planungs- und Konzeptionsphase über die verschiedenen Bauphasen bis hin zur Fertigstellung des Objektes.

Häufig beraten sie die öffentlichen Bibliotheken auch in Bezug auf die Einrichtungsmöglichkeiten. Ein besonders schönes Beispiel stellt die Stadtbücherei Weilheim an der Teck im Landkreis Esslingen dar, die während der Restaurierungs- und Umbauphase von der Fachstelle Stuttgart beraten und betreut wurde und so im Jahr 2001 in ein fast 450 Jahre altes „Kapuzinerhaus“ einziehen konnte.¹³⁶ Bei dem Umbau wurde darauf geachtet, die Eigenheiten des ehemaligen Kapuzinerhauses beizubehalten, wie beispielsweise die kleinen Räume oder sogar etwas schiefe Türrahmen, die zu einer besonderen Atmosphäre beitragen. In vielen Fällen lassen sich gerade durch diese Denkmalsanierungen attraktive öffentliche Bibliotheken in historischen Gebäuden wie sie beispielsweise die ehemaligen Zehntscheuern darstellen einrichten.

Initiiert werden Bibliotheksbauten auch in einigen Fällen dadurch, dass die Fachstellen in Gegenden in denen die Medienversorgung noch unzureichend ist, mit den politischen kommunalen Entscheidungsträgern Kontakt aufnehmen und diese von der Notwendigkeit einer öffentlichen Bibliothek überzeugen. Gerade diese Überzeugungsarbeit ist in Zeiten knapper öffentlichen Ressourcen besonders wichtig und sollte auch in Zukunft *verstärkt* geleistet werden.

Die Staatlichen Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen bieten den öffentlichen Bibliotheken durch das umfassende Dienstleistungsangebot eine wesentliche Unterstützung. Auch wenn die Fachstellen öffentliche Bibliotheken aller Größenordnungen beraten sind es häufig die kleineren öffentlichen Bibliotheken, die von den Dienstleistungen der Fachstellen profitieren und die ohne diese Unterstützung in vielen Fällen nur unzureichende Medien- und Literaturversorgung leisten könnten. Die Programmarbeit im Regierungsbezirk Stuttgart wird unter anderem auch von größeren öffentlichen Bibliotheken wie die Stadtbibliothek Nürtingen oder von der Stadtbibliothek Ludwigsburg in Anspruch genommen.¹³⁷

¹³⁶ Broschüre der Stadtbücherei Weilheim im Landkreis Esslingen (Anhang Nr. 5)

¹³⁷ Informationen zur Programmarbeit von **Herrn H. Lemke (Fachstelle Stuttgart)**; Gespräch am 02.10.2002

Von ganz entscheidender Bedeutung ist die Rolle der Fachstellen in Bezug auf die zahlreichen Bibliotheksneu- und umbauten, die durch die Überzeugungsarbeit, der Planung und Beratung der Staatlichen Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen realisiert werden konnten.

Wünschenswert ist, dass die Leistungen dieser Fachstellen auch in der Zukunft eine Weiterentwicklung des baden-württembergischen öffentlichen Bibliothekswesens ermöglichen und dass dies insbesondere von den politischen Entscheidungsträgern anerkannt wird. Aber wie das Beispiel von Nordrhein-Westfalen zeigt, schützt professionelle und überzeugende Arbeit nicht immer vor einer rigorosen und blinden Sparpolitik. Zu befürchten ist, dass die Verwaltungsreform auch bei den baden-württembergischen Fachstellen zu Veränderungen führen wird.

5.2 Rheinland-Pfalz

5.2.1 Situation der öffentlichen Bibliotheken

In Rheinland-Pfalz besteht hinsichtlich der Weiterentwicklung der öffentlichen Bibliotheken ein erhebliches Entwicklungspotential. Im Vergleich zu anderen deutschen Bundesländern liegt Rheinland-Pfalz mit der Anzahl an hauptamtlich geleiteten, kommunalen öffentlichen Bibliotheken auf einen der letzten Plätze.¹³⁸

Die neben- und ehrenamtlich geleiteten öffentlichen Bibliotheken überwiegen mit rund achtzig Prozent¹³⁹, was mit der Vielzahl an kleinen Gemeinden zu erklären ist, die es in den weitläufig ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz gibt. Insgesamt betrachtet, wird die Literatur- und Medienversorgung von den gegenwärtig 383 kommunalen öffentlichen Bibliotheken und den 344 öffentlichen Bibliotheken der kirchlichen Trägerschaft geleistet.¹⁴⁰

¹³⁸ **Pilotprojekt-Bibliotheken in Rheinland-Pfalz 1987-1999.** Koblenz, S. 7

¹³⁹ <http://www.mbww.rpl.de/web2/web/seiten/aktuelles/reden/haertel14.htm> (10.09.2002)

¹⁴⁰ **Das kommunale und kirchlich-öffentliche Büchereiwesen in Rheinland-Pfalz 2001,**
in: die bücherei 46 (2002) 1, S.24

Wie schon erwähnt, sind die öffentlichen Bibliotheken der Städte deutlich besser ausgestattet als die der ländlichen, dünn besiedelten Gebiete und das Süd-Nord-Gefälle verdichtet diese Problematik.

Doch finden sich auch in zahlreichen größeren Gemeinden und Städten öffentliche Bibliotheken, die den fachlichen Anforderungen nicht entsprechen. Defizite bestehen vor allem in der Ausstattung. Mit fehlendem Personal, zu wenig Raumfläche, kurzen Öffnungszeiten und zu geringen Etats für die Erwerbung kann eine öffentliche Bibliothek nur in ungenügendem Maße Dienstleistungsangebote anbieten, deren die heutige Gesellschaft bedarf und die für sie attraktiv sind.¹⁴¹ Flächendeckend betrachtet, verfügt das Land über eine sehr ungleichmäßige und unzureichend leistungsfähige Bibliotheksstruktur, die besonders die Einwohner der ländlichen Gebiete benachteiligt.

5.2.2 Staatliche Büchereistellen

Gefördert wird das öffentliche Bibliothekswesen von der Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz und von der Staatlichen Büchereistelle Rheinhessen-Pfalz. Die Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz fungiert als zentrale koordinierende Fachinstanz für übergeordnete Aufgaben.¹⁴² Hierzu zählt die Erarbeitung von Empfehlungen bezüglich des Leihverkehrs, aber auch für den Einsatz der EDV und für neue Medien.

Ebenso wie auch die baden-württembergischen staatlichen Fachstellen bieten die staatlichen Büchereistellen den öffentlichen Bibliotheken beratende wie auch praktische Dienste an. Dazu gehört beispielsweise die Beratung in Bau- und Einrichtungsfragen, beim Bestandsaufbau und in der Öffentlichkeitsarbeit.

Zu den praktischen Dienstleistungen zählt unter anderem die Unterstützung bei der Umstellung einer Bücherei auf EDV, die Vermittlung von Veranstaltungen, die Beschaffung und die ausleihfertige Bearbeitung von Medien, aber auch die Unterstützung im Leihverkehr. Beide Büchereistellen verteilen gezielte Zuwendungen des Landes.

¹⁴¹ Pilotprojekt-Bibliotheken in Rheinlandpfalz. Mainz, 1999, S.10

¹⁴² <http://www.landesbuechereistelle.de/aufgabe2.html> (Zugriff 08.10.2002)

Gegenwärtig werden in den Einzugsbereichen der beiden Büchereistellen DVD-Leihringe eingeführt, die durch Landeszuschüsse gefördert werden. Koordiniert wird das Projekt von der Landesbüchereistelle in Koblenz. Ab November sollen die Tauschpakete mit circa 80 bis 90 DVDs für die teilnehmenden Bibliotheken über eine Ausleihzeit von vier Monate zur Verfügung stehen, bevor das Paket an die nächste Bibliothek weitergeschickt wird.¹⁴³

Beide Büchereistellen wirken entscheidend bei der Realisierung von Projekten mit, für die vom Land gezielt finanzielle Zuschüsse gewährleistet werden.

5.2.2.1 Pilotprojekte

Unter „**Pilotprojekte**“ ist in diesem Zusammenhang ein Förderprogramm des Landes Rheinland-Pfalz zu verstehen, das durch finanziellen Anreiz und der fachliche Unterstützung der Büchereistellen den Auf- und Ausbau des hauptamtlich geleiteten öffentlichen Bibliothekswesen oder die grundlegende Reorganisation bestehender öffentlicher Bibliotheken forcieren soll. Die Idee der Bibliotheksförderung in Form der Pilotprojekte beruht auf der Erfahrung, dass Zuschüsse nach dem „Gieskannenprinzip“ keine wirkliche Verbesserung der Qualität der Ausstattung und den Dienstleistungen öffentlicher Bibliotheken bewirken. An diesem Punkt ist insbesondere die Verbindung von finanzieller Unterstützung mit fachlichem Know-how der Büchereistellen sehr wirksam.

Im Mittelpunkt der Förderung stehen die Einrichtung und die Weiterentwicklung von öffentlichen Bibliotheken der Grundversorgung in Orten ab 5000 Einwohnern, die mit einer Anschubfinanzierung den Bibliotheksträgern die Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek ermöglichen soll.¹⁴⁴ Hierfür müssen mehrere Bedingungen erfüllt werden oder bereits vorhanden sein. Vorausgesetzt für die Bewilligung der Förderung wird eine zentrale Lage im Ortszentrum, fachgerechte Mobiliarausstattung, sowie eine geeignete und eine ausreichende Raumfläche.

Die Besetzung der bibliothekarischen Leitungsstelle mit einer Diplom-Bibliothekarin und Öffnungszeiten von mindestens 20 Stunden in der Woche müssen vom Antragsteller garantiert werden. Der Unterhaltsträger muss sich

¹⁴³ <http://www.landesbuechereistelle.de/dvdleihring.html> (08.10.2002)

¹⁴⁴ <http://www.mbww.rlp.de/web2/web/seiten/aktuelles/reden/haertel14.htm> (10.09.02)

darüber hinaus verpflichten, einen Bestand von mindestens 10.000 Medieneinheiten bereitzustellen, der mit einem jährlich dafür vorgesehenen Etat über den gleichen Zeitraum um 5% aktualisiert wird. Werden die genannten Kriterien erfüllt, steht dem Bibliotheksträger eine Summe zwischen 100.000 bis 200.000 DM zur Verfügung, die auch die Mindesthöhe der Eigenbeteiligung festlegt. Die Förderdauer liegt zwischen drei und fünf Jahren.¹⁴⁵

Bei der erforderlichen Planung und Beratung, die im Rahmen der Pilotprojekte notwendig ist, bietet die je nach Einzugsbereich zuständige Büchereistelle der zu fördernden Bibliothek in allen fachlichen Fragen intensive Hilfestellung. Sie klären im Vorfeld mit dem Bibliotheksträger die gegebene Situation, zeigen die Entwicklungsmöglichkeiten auf und erstellen auf den erörterten Grundlagen ein Bibliothekskonzept. Findet das Konzept die Zustimmung des Unterhaltsträgers, erarbeitet die Büchereistelle eine fachliche Stellungnahme für das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur, das letztendlich über die Bewilligung des Förderungsantrags entscheidet.¹⁴⁶ Entscheidend für den Erfolg der Projekte ist, inwieweit der Unterhaltsträger die vorausgesetzten Förderkriterien auch nach Abschluss der Projektphase gewährleistet. Denn, wie die Ergebnisse es zeigen, konnten alle am Projekt beteiligten Bibliotheken erheblich gestiegene Benutzer- und Ausleihzahlen verzeichnen.¹⁴⁷ Um den Erfolg auf lange Zeit zu sichern, ist das Weiterführen der Bibliotheken an den vorgegebenen Kriterien des Pilotprojektes unerlässlich. Die Landesmittel für das Pilotprojekt stehen auch weiterhin zur Verfügung.

Allerdings finden sich immer weniger Kommunen, die aufgrund der schlechten finanziellen Situation der öffentlichen Hand bereit sind, die finanziellen Aufwendungen zur Erfüllung der Förderkriterien (beispielsweise Einstellung einer Fachkraft) zu erfüllen.¹⁴⁸ Es bleibt zu hoffen, dass die Bedeutung einer leistungsfähigen und aktuellen öffentlichen Bibliothek von möglichst vielen kommunalen Entscheidungsträgern erkannt wird, da diese Einrichtungen in vielen Fällen das einzige Kulturzentrum einer Gemeinde sind.

¹⁴⁵ vgl. **50 Jahre Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz, Koblenz**, 1999, S. 34

¹⁴⁶ vgl. **Pilotprojekt-Bibliotheken in Rheinland-Pfalz 1987-1999, Koblenz**, S. 14

¹⁴⁷ vgl. **Pilotprojekt-Bibliotheken in Rheinland-Pfalz 1987-1999, Koblenz**, S. 14

¹⁴⁸ Informationen zum Pilotprojekt von **Frau G. Kippe-Wengler (Landesbüchereistelle Koblenz)**; Telefonat am 17.10.2002

5.2.2.2 Förderprogramm „Bücherei und neue Medien“

Einen weiteren wichtigen Beitrag zur Bibliotheksförderung leistete das Land Rheinland-Pfalz mit dem Sonderprogramm „**Büchereien und neue Medien**“.

Auf Initiative des rheinland-pfälzischen Landesverband des Deutschen Bibliotheksverbands e.V. und des heutigen Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur (bis 2001 Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen) stellte die Landesregierung von 1996 bis 2001 1,4 Mio. DM zur Verfügung, um die Ausstattung Öffentlicher Bibliotheken mit einer leistungsfähigen EDV- und Internettechnik zu fördern. Die Bibliotheksträger ergänzten diesen Betrag mit mehr als 3 Millionen DM. Für die Zuteilung der Landesmittel waren die beiden staatlichen Büchereistellen verantwortlich.¹⁴⁹

Im Vordergrund der Aufgaben innerhalb des Projektes „Förderung von technologischen Innovationen in Öffentlichen Bibliotheken“,¹⁵⁰ stand die Entwicklung einer Ausgangssituation, welche die elektronische Vernetzung der öffentlichen und wissenschaftlich Bibliotheken ermöglicht. Eine damit verbundene „spürbare Beschleunigung der Literatur- und Medienbeschaffung für Bibliotheksbenutzer in Stadt und Land“¹⁵¹ und „die Professionalisierung von bibliothekarischen Dienstleistungen“,¹⁵² entsprachen der weiteren Zielsetzung des Programms.

Um die Leistungen des Sonderprogramms in Anspruch zu nehmen, was ebenfalls für die öffentlichen Bibliotheken in kirchlicher Trägerschaft möglich war, sah das Land eine Eigenbeteiligung der Bibliotheksträger von mindestens 50 Prozent der Kosten vor. Förderungsfähig waren die Ausstattung mit einer leistungsfähigen EDV-Technik, die Einrichtung von Internet-Zugängen sowie die Leitungskosten, dazu gehörten aber auch begleitende Fortbildungen der Mitarbeiter.¹⁵³ Für weitere Entwicklungen im Bereich der neuen Informationstechno-

¹⁴⁹ **50 Jahre Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz.** 1999, Koblenz, 1999, S. 23

¹⁵⁰ **Dobler, I.; Seefeldt, J.:** Innovationen für öffentliche Bibliotheken, in: DB 40 (1996)1; S. 47

¹⁵¹ **50 Jahre Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz.** Koblenz, 1999, S. 23

¹⁵² **50 Jahre Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz.** Koblenz, 1999, S. 23

¹⁵³ **50 Jahre Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz.** Koblenz, 1999, S. 23

logien für öffentliche Bibliotheken konnte das Programm mit dem Ausbau der Hardware eine wichtige Grundlage schaffen.

5.2.2.3 „Internet-Fitness-Programm für Frauen“

Das „**Internet-Fitness-Programm für Frauen**“ wurde von der Staatlichen Büchereistelle Rheinhessen-Pfalz konzipiert und von Januar bis März 2002 in 21 teilnehmenden öffentlichen Bibliotheken durchgeführt. Bei einem Frauenförderwettbewerb des Ministeriums für Kultur, Jugend, Familie und Frauen konnte die Büchereistelle im Frühjahr 2001 für das Modellprojekt ein Prämiengeld von 50.000 DM gewinnen, womit die finanzielle Grundlage gesichert war.¹⁵⁴

Als „modular aufgebaute[s] Programm“¹⁵⁵ besteht es aus fünf Internet-Kursen, die inhaltlich aufeinander abgestimmt und speziell für Frauen erarbeitet wurden, die noch über keine oder nur geringe Kenntnisse im Umgang mit dem Internet verfügen. Darüber hinaus sollten die erarbeiteten Materialien den Bibliotheken die Fortführung der Schulungen nach Ablauf des Projekts ermöglichen.

Für die Betreuung des Projektes war ein sehr engagierter Student der Hochschule der Medien in Stuttgart im Rahmen seines Praxissemesters zuständig.

Insgesamt konnten die vier Mitarbeiter, unter ihnen der Student als Hauptkoordinator, in 21 teilnehmenden öffentlichen Bibliotheken 105 Schulungen durchführen und erreichten damit rund eintausend Frauen, deren positive Rückmeldung den Erfolg des Konzeptes bestätigte.¹⁵⁶

Damit das Internet-Fitness-Programm für die Teilnehmerinnen und die Veranstalter so erfolgreich verlaufen konnte, waren seitens der Büchereistelle umfassende, professionelle Vorarbeiten erforderlich. Die Mitarbeiter, darunter war der Student maßgeblich beteiligt, erstellten umfangreiche, aufwendige und detaillierte Kursmaterialien (Anhang Nr. 6) die auch praktische Übungsaufgaben berücksichtigen.

¹⁵⁴ vgl. **Pflaum, G., Heissenberger, P.J.:** Internetkompetenz für Frauen, in: BuB 54 (2002) 7/8; S. 445

¹⁵⁵ **Heissenberger, P.:** Internet-Fitness-Programm für Frauen, in: DB 45 (2001) 2; S. 142

¹⁵⁶ vgl. **Pflaum, G., Heissenberger, P.J.:** Internetkompetenz für Frauen, in: BuB 54 (2002) 7/8; S. 445

Die Skripte enthalten zum besseren Verständnis zahlreiche Screenshots, wie auch ausführliche Erklärungen und wurden für die Schulung mit „...PowerPoint-Präsentation[en] zur visuellen Vermittlung der Kursinhalte...“,¹⁵⁷ ergänzt. Folien für den Overhead-Projektor dienten als Ersatz, falls den Bibliotheken kein Beamer zur Verfügung stehen sollte.

Damit die teilnehmenden Bibliotheken das „Internet-Fitness-Programm für Frauen“ bewerben konnten, wurde für sie in ausreichender Anzahl Plakate, Pressetexte, Handzettel und Flyer inklusive Anmeldekarte in der Weise vorbereitet, das nur noch die Termine und der Veranstaltungsort eingefügt werden mussten. Eine regionale und lokale Pressekampagne sorgte für zusätzliche Aufmerksamkeit.¹⁵⁸ Alle Materialien erhielten ein einheitliches Design „...um in der Öffentlichkeit und in den Medien für einen Wiedererkennungswert zu sorgen“. ¹⁵⁹ Bei der Durchführung der Internet-Kurse wurde ersichtlich, wie wichtig alle gegebenen Faktoren für eine angenehme Lernatmosphäre entscheidend sind. ¹⁶⁰ Inhaltlich boten die Referenten im ersten Teil der Schulung eine Übersicht über das Internet im Allgemeinen.

Sie vermittelten Kenntnisse für den Umgang mit dem Browser sowie für einfache Recherchemöglichkeiten mit einem Katalog und einer Suchmaschine. Der zweite Kurs zeigte verschiedene Suchstrategien, wie beispielsweise Boolesche Operatoren, unter Verwendung unterschiedlicher Kataloge und Suchmaschinen auf. Die Nutzung von Kommunikationsdiensten wie das digitale Postfach, Kurzmitteilungen und Faxe war Thema der dritten Veranstaltung.

Auf wichtige Aspekte bei der Verwendung von Online-Banking und Online-Shopping wurde im vorletzten Kurs näher eingegangen. Die Teilnehmerinnen erhielten auch Hinweise zum Schutz vor Viren und Empfehlungen für die Auswahl eines geeigneten Schutzkonzeptes für die „Kindersicherung“ am heime

¹⁵⁷ **Heissenberger, P.J.:** Internet-Fitness-Programm für Frauen,
in: Bibliotheksdienst 36 (2002), 8/9; S.1041

¹⁵⁸ vgl. **Heissenberger, P.J.:** Internet-Fitness-Programm für Frauen,
in: Bibliotheksdienst 36 (2002), 8/9; S.1042

¹⁵⁹ **Heissenberger, P.J.:** Internet-Fitness-Programm für Frauen,
in: Bibliotheksdienst 36 (2002), 8/9; S.1041

¹⁶⁰ die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf: **Heissenberger, P.J.:**
Internet-Fitness-Programm für Frauen,
in: Bibliotheksdienst 36 (2002), 8/9; S.1039-1040

genen PC. Abgeschlossen wurde das „Internet-Fitness-Programm für Frauen“ mit der Themenreihe „Weiterbildung, Literaturbeschaffung und Stellenmarkt“ im Internet. Hier wurden Online-Kataloge von Bibliotheken vorgestellt, Recherchen im „Fachstellen-OPAC“ erprobt und auf die Möglichkeiten der „Virtuellen Bibliothek Rheinland-Pfalz“ aufmerksam gemacht.

Jede Veranstaltung beinhaltete praktische Übungen, in denen die Teilnehmerinnen ihre Kenntnisse in die Praxis umsetzen konnten. Für die Bibliotheken entstanden außer der Bereitstellung von Räumlichkeiten, Internet-Plätzen und Aufsichtspersonal keine weiteren Kosten.¹⁶¹ Mit dem Internet-Fitness-Programm für Frauen gelang der Staatlichen Büchereistelle Rheinhessen-Pfalz eine außerordentlich erfolgreiche Veranstaltungsreihe, die zum einen in hohem Maße den Bedarf einer zuvor bestimmten Zielgruppe deckte als auch den Bibliotheken das selbständige Fortführen der Kurse nach Ablauf des Projekts ermöglicht, wofür sich 14 der teilnehmenden Bibliotheken entschlossen haben.

5.2.2.4 Fortbildung

Schon mehrmals gelang es den beiden Büchereistellen für ihre Ideen bei Wettbewerben des Ministeriums für Kultur, Jugend, Familie und Frauen Prämiengelder zu gewinnen, die neben anderen Projekten auch für umfangreiche Fortbildungsangebote genutzt werden konnten. Die Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz bot im Jahr 2001 zahlreiche frauenspezifische Veranstaltungen zum Thema „Selbstbewusst in der Öffentlichkeit“¹⁶² an, da im Norden von Rheinland-Pfalz über 90% der Erwerbstätigen im Bibliotheksbereich Frauen sind.¹⁶³

¹⁶¹ **Heissenberger, P.J.:** Internet-Fitness-Programm für Frauen, in: Bibliotheksdienst 36 (2002), 8/9; S.1044

¹⁶² **Selbstbewusst in der Öffentlichkeit**, in: die bücherei 45 (2001) 2; S. 143

¹⁶³ **Selbstbewusst in der Öffentlichkeit**, in: die bücherei 45 (2001) 2; S. 143

¹⁶⁴Vorrangig aber werden Veranstaltungen im EDV-Bereich durchgeführt, wie beispielsweise das im Jahr 2000 begonnene Schulungsprogramm „**Internet-Führerschein**“ der Staatlichen Büchereistelle Rheinhessen-Pfalz. Die finanziellen Mittel für das Programm konnten hierfür bei einem Wettbewerb des für die Büchereistellen zuständigen Ministeriums gewonnen werden. Das Schulungsprogramm für den „Internet-Führerschein“ ist modular aufgebaut und besteht aus insgesamt 12 unterschiedlichen Themen, die sich, wie auch der Name des Programmes verrät, inhaltlich mit dem Internet auseinandersetzen. Die Zielsetzung des Schulungsprogramms liegt in der Vermittlung von Internetkompetenz auf der Basis eines qualitativ hochwertigen Fortbildungsangebots.

5.2.2.5 Bibliotheksprojekt INFOL@B

INFOL@B steht für „**Internet Informations- und Lernzentrum Bibliothek**“ und soll insbesondere Einwohner in strukturschwachen Gegenden zu lebenslangen Lernen anregen. Die konkrete Umsetzung des Projektes beinhaltete die Entwicklung einer einfach zu bedienenden Software, „die wichtige Online-Angebote im Bereich Ausbildung, Fort- und Weiterbildung, Stellenmarkt etc. strukturiert bzw. integriert“¹⁶⁵ und in 13 kooperierenden öffentlichen und Schulbibliotheken angewendet wird. Um die Benutzer bei Fragen und Unklarheiten beraten zu können, wurden die Bibliotheksmitarbeiter in einer speziellen Schulung mit der Anwendung der Software vertraut gemacht.¹⁶⁶

An der Entwicklung des Projektes, das bei dem Multimedia-Wettbewerb des Landes Rheinland-Pfalz im Jahr 2000 einen der drei Hauptpreise gewinnen konnte, waren neben der Staatlichen Büchereistelle Rheinhessen-Pfalz die Firma BOND, sowie Vertreter der Arbeitsverwaltung und der Universitäten beteiligt.¹⁶⁷

¹⁶⁴ die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf: **Pflaum G.:** Neue Strukturen und Chancen für regionale Bibliotheksarbeit. Eisenach, 2000, S. 63 - 66

¹⁶⁵ **Pflaum, G.:** Internetlernen für jedermann mit INFOL@B, in: die bücherei 45(2001)1; S.22

¹⁶⁶ **Pflaum, G.:** Internetlernen für jedermann mit INFOL@B, in: die bücherei 45(2001)1; S.22

¹⁶⁷ **Bibliotheksprojekt INFOL@B gewinnt Hauptpreis,** in: bibliotheken info-comp@ct 1-2001; S. 1

Seit dem 23. Oktober 2001 steht das Projekt **INFOL@B** allen Besuchern der 13 beteiligten Bibliotheken zur Verfügung.¹⁶⁸

Für die öffentlichen Bibliotheken ist die Einführung des Projekts ein weiterer wichtiger Schritt, um sich im Gesamtgefüge der Bildungseinrichtung als Informations- und Lernzentrum zu etablieren. Am Beispiel der hier vorgestellten Projekte wird die Bedeutung, die die staatlichen Büchereistellen für das öffentliche Bibliothekswesen in Rheinland-Pfalz haben offensichtlich.

5.3 Schleswig- Holstein

5.3.1 Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V.

Seit der Neuorganisation im Jahr 1995 (→ Kapitel 2.1.3) wird das Büchereiwesen in Schleswig-Holstein von dem Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. gefördert. Wie schon erwähnt schließt der Büchereiverein mit den Unterhaltsträgern der öffentlichen Bibliotheken Verträge ab, die die kontinuierliche Finanzierung der Büchereien gewährleisten. Zur Erfüllung der Aufgaben unterhält der Büchereiverein Schleswig-Holstein die Büchereizentrale mit den Standorten in Flensburg und Rensburg, die Funktionen einer Fachstelle wahrnimmt. Zu beachten ist, dass die öffentlichen Bibliotheken im Landesteil Holstein eigenständig von den jeweiligen Kommunen unterhalten werden.

Die holsteinischen öffentlichen Bibliotheken werden durch die Büchereizentrale hauptsächlich im Hinblick auf die Medienbeschaffung und die Medienbearbeitung gefördert, eine finanzielle Förderung über den Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. für die öffentlichen Bibliotheken in diesem Landesteil erfolgt nicht.¹⁶⁹ Das Land Schleswig-Holstein beteiligt sich gemäß der Landesverfassung an der Aufgabe das öffentlichen Bibliothekswesen zu fördern durch finanzielle zweckgebundene Mittel an den Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V.,

¹⁶⁸ **Bibliotheksprojekt INFOL@B geht in die Pilotphase**,
in: die bücherei 45 (2001) 2; S. 141

¹⁶⁹ Informationen zur Förderung der Öffentlichen Bibliotheken in Schleswig-Holstein von Frau **Späthow, Antje (Büchereizentrale Schleswig-Holstein)**; Telefonat am 21.10.2002

der diese Zuschüsse nach den Vereinbarungen der abgeschlossenen Bibliotheksverträge verwaltet.¹⁷⁰

Neben den Zielen, transparente Strukturen für die Förderung des schleswig-holsteinischen Büchereiwesens zu schaffen und die Effizienz der Büchereizentrale zu steigern waren es auch insbesondere die finanziellen Nöte und die damit verbundenen notwendigen Einsparungen des öffentlichen Büchereiwesens, die eine Rationalisierung erforderten und zur Umorganisation des schleswig-holsteinischen Büchereiwesens führten.

Schon 1995 reichten die erwirtschafteten Mittel des Vereins nicht aus, um auch die mit Literatur und Medien unterversorgten Bereiche weiterzuentwickeln.¹⁷¹ Die finanzielle Situation des Büchereivereins wurde durch „eingefrorene“ Mittel des Landes zusätzlich belastet. 1998 erreichte die finanzielle angespannte Lage ihren Höhepunkt, da die vierjährige Frist, für die sich das Land Schleswig-Holstein als Starthilfe des Büchereivereins verpflichtet hatte auslief.¹⁷² Die Existenz des Büchereivereins Schleswig-Holstein e.V. konnte durch die Finanzierung über den Finanzausgleich der Kommunen, dessen Finanzmasse durch die Weiterführung der bisherigen Fördermittel des Landes Schleswig-Holstein aufgestockt wird und durch Rahmenvereinbarungen mit den Landkreisen, die sich, wie auch der Büchereiverein zu einer Mindestförderung des schleswig-holsteinischen Büchereiwesens verpflichteten, gesichert werden.¹⁷³

Neben diesen Erschwernissen führten auch die finanziellen Probleme einiger Vertragspartner zu Rückschritten in der Literatur- und Medienversorgung, da ihnen die Kostenbeteiligung nicht mehr möglich war. So wurden zeitweise mehrere Gemeinden nicht mehr durch die Fahrbüchereien versorgt.¹⁷⁴

In der letzten Zeit waren zwischen dem Büchereiverein und den Vertragspartnern mehrere Verhandlungen erforderlich um „größere Brüche vom Büchereiwesen abzuwenden.“¹⁷⁵

¹⁷⁰ vgl. **Büchereiverein Schleswig-Holstein, 2000; S.2**

¹⁷¹ **Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. 1995; S.6**

¹⁷² **Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. 1998; S.3**

¹⁷³ **Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. 1998; S.3**

¹⁷⁴ **Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. 1999; S.3**

5.3.2 Büchereizentrale

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Dienstleistungen der Büchereizentrale effizient gestaltet sein müssen, um in diesem engen finanziellen Rahmen angeboten werden zu können. Zu den erforderlichen Rationalisierungsmaßnahmen gehörte deshalb schon 1996 die Ausweisung kostendeckender Bereiche der Büchereizentrale, wie der Medieneinarbeitung, der Materialstelle, der Buchbinderei und der Druckerei, die seit dem ihre Kosten aus ihren eigenen Einnahmen decken müssen.¹⁷⁶

5.3.2.1 Dienstleistungen der Büchereizentrale

Die Dienstleistungen der Büchereizentrale richten sich an alle öffentlichen Bibliotheken, die über einen Mitgliedsvertrag ihrer Unterhaltsträger an den Büchereiverein angeschlossen sind. Die öffentlichen Bibliotheken aus dem Landesteil Holstein können aus dem Dienstleistungsangebot der Büchereizentrale den Medienerwerb und die Medienbearbeitung nutzen.

Für diese Büchereien erstellt die Büchereizentrale auf der Grundlage des großen ID, dem Besprechungsdienst der ekz in Reutlingen, monatlich erscheinende Medien- und Bücherlisten, die zusätzlich durch eine wöchentliche Neuerscheinungsliste und durch Sonderlisten ergänzt werden.¹⁷⁷ Diese Listen dienen den Büchereien als Quelle für den Bestandsaufbau. Die öffentlichen Bibliotheken können darüber hinaus auch Freikäufe tätigen, dabei ist zu beachten, dass ab einer bestimmten Summe, die von den Büchereien für Freikäufe aufgewendet wird Zuschüsse durch den Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. gekürzt werden.¹⁷⁸ Dieser Betrag richtet sich nach Formeln, die vom Büchereiverein für die Berechnung der Zuschussleistung für den Medienetat angewendet wird.¹⁷⁹

¹⁷⁵ **Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. 2001;** S.3

¹⁷⁶ **Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. 1996;** S.3 und **Zukunft der Bibliothek.** Reutlingen, 2000, S. 49

¹⁷⁷ **Zukunft der Bibliothek.** Reutlingen, 2000; S. 50

¹⁷⁸ Informationen zur Medienbezuschussung von **Herrn Gülzk, Stephan (Büchereizentrale Schleswig-Holstein);** Telefonat am 21.10.2002

¹⁷⁹ Informationen zur Medienbezuschussung von **Herrn Gülzk, Stephan (Büchereizentrale Schleswig-Holstein);** Telefonat am 21.10.2002

Daneben bietet die Büchereizentrale die ausleihfertige Medienbearbeitung an. Für den Bereich Bibliotheksbau- und Einrichtung unterhält die Büchereizentrale eine eigene Bau und Einrichtungsabteilung, die für die Beratung der Städte und Gemeinden zuständig ist.¹⁸⁰ Eine weitere wichtige Unterstützung der Büchereizentrale besteht in der Planung und der Einführung der EDV. Zum Dienstleistungsangebot der Büchereizentrale gehört auch die zentrale Haushaltsführung und -überwachung von öffentlichen Bibliotheken. Die Fahrbüchereiflotte, bestehend aus 15 Fahrbüchereien wird durch eine eigene Abteilung der Büchereizentrale verwaltet.¹⁸¹

Über einen Zentralkatalog der Büchereizentrale, der alle vorhandenen Bestände der Büchereien aufführt und durch den Ergänzungsbestand in der Landeszentralbibliothek, unterstützt die Büchereizentrale den regionalen und überregionalen Leihverkehr. Über die Homepage der Büchereizentrale sind alle Bestände der öffentlichen Büchereien in einem WWW-OPAC recherchierbar, womit die Medien- und Literaturversorgung für einen großen Teil der Bevölkerung gewährleistet werden kann.

5.3.3 Finanzielle Förderung der Öffentlichen Bibliotheken

Die öffentlichen Bibliotheken im Landesteil Schleswig werden auf der Grundlage der privat-rechtlichen Verträge, die der Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. mit den Unterhaltsträgern der Büchereien abschließt, finanziell gefördert. Die Höhe der Bezuschussung richtet sich nach der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Bücherei und der ihr von den Kommunen zur Verfügung gestellten Ressourcen.¹⁸²

Um die Förderleistungen in Anspruch nehmen zu können, muss die Bibliothek bestimmte Voraussetzungen erfüllen, die sich auf die räumliche Ausstattung, auf die Personalstellen, die Öffnungszeiten und die finanziellen Möglichkeiten beziehen. Die geringste Förderstufe sieht Zuschüsse für den Medienetat vor, bei der höchsten Förderungsstufe können zusätzlich auch die Stellen für das

¹⁸⁰ <http://www.bz-sh.flensburg.de/bzprofil.htm> (03.09.2002)

¹⁸¹ <http://www.bz-sh.flensburg.de/bzprofil.htm> (03.09.2002)

¹⁸² **Zukunft der Bibliothek.** Reutlingen, 2000; S. 48

Fachpersonal bezuschusst werden.¹⁸³ Daneben ist es für die Förderung auch entscheidend, welche Vertragsart abgeschlossen wurde.

¹⁸⁴Ein *Hauptvertrag* (Anhang Nr.7), der für hauptamtlich geleitete Standbüchereien gültig ist, sichert die Bezuschussung der höchsten Förderungsstufe. *Vorverträge* werden mit öffentlichen Bibliotheken abgeschlossen, die zu „Hauptvertragsbibliotheken“ entwickelt werden sollen. Büchereien die aufgrund ihrer zu geringen Größe nicht in einem Vorvertrag aufgenommen werden können und die in den meisten Fällen neben- oder ehrenamtlich geleitet werden, können innerhalb der geringsten Förderungsstufe, die durch die *Interimsverträge* geregelt sind, finanziell unterstützt werden. Für die Literatur- und Medienversorgung durch Fahrbüchereien werden *Fahrbüchereiverträge* abgeschlossen, die die Aufteilung der laufenden Kosten unter den teilnehmenden Gemeinden und der Anteil - in der Regel 35 % - der Bezuschussung durch den Büchereiverein Schleswig-Holstein regeln. Zuschüsse für die Personalkosten und des Medienetats werden nach Formeln berechnet.

Das Vertragssystem des Büchereivereins Schleswig-Holstein, in dem unterschiedliche Bibliotheksträger Mitglied sind und sein können ist bundesweit betrachtet einzigartig. Die Büchereizentrale bildet mit den insgesamt 144 Stadt- und Gemeindebüchereien und 15 Fahrbüchereien ein Büchereinetz, das von den Dienstleistungen der Büchereizentrale rationell und leistungsfähig unterstützt wird, da diese Einrichtung viele Arbeiten zentral für alle ans Vertragssystem angeschlossenen öffentlichen Bibliotheken erledigt.¹⁸⁵ Ein besonderes Kennzeichen des schleswig-holsteinischen Büchereiwesens ist die hohe Vernetzung der Büchereizentrale mit den öffentlichen Bibliotheken *aller* Größenordnungen.

Im Vergleich dazu dient die Arbeit der staatlichen Fachstellen in vielen Fällen der Unterstützung von neben- und ehrenamtlich geleiteten öffentlichen Bibliotheken. Der Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. und die Büchereizentrale bilden für die Weiterentwicklung des schleswig-holsteinischen Büchereiwesens die Grundlage. Um das leistungsfähige „Bibliotheksförderungssystem“ auch in

¹⁸³ **Zukunft der Bibliothek.** Reutlingen, 2000; S. 48

¹⁸⁴ die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf: **Büchereiverein Schleswig-Holstein, 2000; S. 4**

Zukunft erhalten zu können, sind gesicherte finanzielle Grundlagen notwendig, insbesondere auch deswegen, da die meisten Rationalisierungsmöglichkeiten des Büchereivereins und der Büchereizentrale ausgeschöpft wurden.

¹⁸⁵ http://www.bz-sh.flensburg.de/wir_ueber.htm (03.09.2002)

6 Ausblick

Anhand der Situation der staatlichen Fachstellen in Nordrhein-Westfalen, des Büchereiverbands Lüneburg-Stade in Niedersachsen und des Büchereivereins Schleswig-Holstein e.V. wird deutlich, dass der Einsparungszwang im Zuge der Verwaltungsreform auch diejenigen Einrichtungen trifft, die schon immer mit relativ knapp bemessenen Ressourcen wirtschaften müssen, um ihren Auftrag zu erfüllen. Gerade die Beispiele in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen lassen befürchten, dass die Bedeutung der Fachstellenarbeit für das öffentliche Bibliothekswesen in Deutschland von den politischen Entscheidungsträgern nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen und anerkannt wird.

Doch auch wenn die Leistungen dieser Einrichtungen als unverzichtbar für die Weiterentwicklung des öffentlichen Bibliothekswesen angesehen werden, führen Prüfungen der staatlichen Fachstellen oder der Büchereizentralen durch die Landesrechnungshöfe zu Sparmaßnahmen, die eine Organisationsänderung zur Folge haben. Ein Grund hierfür ist die Unwirtschaftlichkeit von kleinen selbständigen Dienststellen, die aufgrund dessen wahrscheinlich wenig Aussicht auf eine Zukunft haben werden. Gerade wenn mehrere Fachstellen eines Bundeslandes unabhängig voneinander arbeiten, wie das beispielsweise in Baden-Württemberg der Fall ist, werden viele Arbeiten doppelt ausgeführt, die von einer zentralen Stelle aus rationeller erledigt werden könnten.

In Bayern beispielsweise wurden im Zuge einer Neuorganisation der staatlichen Bibliotheksverwaltung zentralisierte Strukturen geschaffen, die auch die Aufgaben und Zuständigkeiten der Staatlichen Beratungsstellen für öffentliche Büchereien veränderten.

Deutlich wird, dass auch im Bereich der staatlichen Förderung für das öffentliche Bibliothekswesen eine Straffung der Organisation zur Senkung von Staatsausgaben beitragen soll. Das hat zur Folge, dass staatliche Fachstellen aufgrund knapper werdender Ressourcen mit anderen Einrichtungen kooperieren müssen, um auch weiterhin den Anforderungen der öffentlichen Bibliotheken gerecht werden zu können.

So bestanden beispielsweise zwischen der Bertelsmann Stiftung und elf Fachstellen, darunter auch die Büchereizentrale Lüneburg Kooperationsvereinbarungen für das Projekt **„Betriebsvergleich 2. Stufe“: Verbreitung von Methoden zur Leistungsmessung.**¹⁸⁶ Hierbei gründeten die jeweiligen Fachstellen Vergleichsringe, die den teilnehmenden öffentlichen Bibliotheken die Möglichkeit boten, Kompetenzen in Bezug auf die Einführung neuer Steuerungsmodelle zu erlangen. Die Aufgabe der Fachstellen, die während des Projektes über zwei Jahre von der Bertelsmann Stiftung unterstützt wurden, bestand in der Organisation von Fortbildungsveranstaltungen und der Auswertung der erfassten Daten.¹⁸⁷ Der Vergleich der interkommunalen Leistung wirkt sich auch fördernd auf die Weiterentwicklung der öffentlichen Bibliotheken aus, die sich in Zukunft verstärkt mit „betriebswirtschaftlichen Steuerungsmethoden“¹⁸⁸ auseinandersetzen müssen. Auch für die kommende Zeit werden Kooperationspartner als Kompensation für die immer geringer werdenden Ressourcen der Fachstellen und Büchereizentralen eine wichtige Rolle spielen.

6.1 Neuorganisation der Fachstellenarbeit in Bayern

Das 1996 von der bayrischen Staatsregierung beschlossene „20-Punkte-Aktionsprogramm“ und die Bestimmungen gemäß Artikel 6 des Haushaltsgesetzes, die einen Personalabbau von rund 8000 Stellen bis zum Jahr 2007 festlegen, gehören zu den Maßnahmen, die im Zuge der Verwaltungsreform zu einer „Verschlankung“ der Landesverwaltung und zu einer Verminderung der Staatsaufgaben führen sollen.¹⁸⁹

Neben der Zusammenlegung von Dienststellen wie beispielsweise die Gesundheitsämter, die Finanz- und Hochbauämter wurde auch die Organisation der Staatlichen Beratungsstellen für öffentliche Büchereien geändert. Nach einer

¹⁸⁶ **Öffentliche Bibliotheken im Betriebsvergleich.** Gütersloh, 2000; S. 13

¹⁸⁷ **Öffentliche Bibliotheken im Betriebsvergleich.** Gütersloh, 2000; S. 14

¹⁸⁸ **Öffentliche Bibliotheken im Betriebsvergleich.** Gütersloh, 2000; S. 18

¹⁸⁹ **Kulman, D.:** Die staatliche Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens in Bayern unter veränderten Rahmenbedingungen, in: BFB 27 (1999) 3; S. 292

Prüfung dieser Einrichtungen durch den Obersten Rechnungshof im Jahr 1998 erklärte dieser die Notwendigkeit eines Abbaus freiwilliger Leistungen, die von den staatlichen Beratungsstellen angeboten wurden, aber im Zuständigkeitsbereich der Kommunen liegen.¹⁹⁰ Damit wurde eine Neudefinition des Aufgabengebietes der Staatlichen Beratungsstellen für öffentliche Büchereien notwendig.

Von den ehemals sechs eigenständigen Staatlichen Beratungsstellen für öffentliche Büchereien in Augsburg, Bayreuth, München Nürnberg, Regensburg und Würzburg, die der Generaldirektion der bayrischen Staatlichen Bibliotheken nachgeordnet waren, wurden fünf dieser Dienststellen durch den Beschluß der „Verordnung über die Gliederung der staatlichen Bibliotheksverwaltung“¹⁹¹ vom 16. Juni 1999 aufgelöst.¹⁹² Zur Zielsetzung dieser Verordnung gehört die Nutzung der vorhandenen Ressourcen durch Aufgabenbündelung und Personaleinsparung.

Neben einem Personalabbau von über ein Viertel der ehemals vorhandenen 40 Personalstellen wurden auch Dienstleistungen der vorherigen Staatlichen Beratungsstellen für öffentliche Büchereien, wie die Organisation der Programmarbeit oder die Erstellung von Einrichtungsplänen reduziert oder eingestellt.¹⁹³

Die eingerichtete Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen ist mit dem Beschluss der Verordnung vom 16. Juni 1999 als Abteilung der Bayrischen Staatsbibliothek, die ebenfalls durch die Verordnung neu formiert wurde, in München mit den drei Außenstellen in Nürnberg, Regensburg und Würzburg für die Förderung des Bibliothekswesens zuständig.¹⁹⁴ Während die Informations- und Beratungsdienste der drei Außenstellen einen vorwiegend regionalen Bezug haben, gehören zu den Aufgaben der Landesfachstelle als *zentrale* Einrichtung Tätigkeiten wie beispielsweise die Erhebung statistischer Daten, die Organisation von Fortbildungsprogrammen, die Herausgabe von Publikationen und die Bewilligung von Fördermitteln.¹⁹⁵ Diese zentralisierte Struktur führt auf der einen Seite zu einem Verlust der zuvor vorhandenen Eigenständigkeit der

¹⁹⁰ **Kulman, D.:** Die staatliche Förderung [...]; in: BFB 27 (1999) 3; S. 292

¹⁹¹ vgl. **Kulman, D.:** Die staatliche Förderung [...]; in: BFB 27 (1999) 3; S. 288

¹⁹² **Kulman, D.:** Die staatliche Förderung [...]; in: BFB 27 (1999) 3; S. 289

¹⁹³ **Kulman, D.:** Die staatliche Förderung [...]; in: BFB 27 (1999) 3; S. 289, 294

¹⁹⁴ **Kulman, D.:** Die staatliche Förderung [...]; in: BFB 27 (1999) 3; S. 294

¹⁹⁵ **Kulman, D.:** Die staatliche Förderung [...]; in: BFB 27 (1999) 3; S. 294

Dienststellen, andererseits ist so eine rationelle Arbeitsweise möglich, da viele Tätigkeiten, die zuvor von den einzelnen Dienststellen aufgeführt wurden, von der zentralen Landesfachstelle erledigt werden können

Im Vergleich mit den anderen deutschen Bundesländern, rangiert das bayrische öffentliche Bibliothekswesen gemessen an der Zahl kommunalen öffentlichen Bibliotheken auf einen der oberen Plätze, nicht zuletzt auch wegen den hohen finanziellen Leistungen, die von den Gemeinden und der kirchlichen Träger erbracht wurde.¹⁹⁶ Die Förderung öffentlicher Bibliotheken durch fachliche Beratung konnte vor der Neuorganisation der staatlichen Bibliotheksverwaltung von den ehemals sechs Staatlichen Beratungsstellen aufgrund der ausreichend bemessenen Personalstellen umfassend erbracht werden. Die Leistungsfähigkeit der Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen und ihren drei Außenstellen in Bayern kann nach dieser organisatorischen Straffung mit denen der staatlichen Fachstellen anderer deutscher Bundesländer verglichen werden, deren organisatorische Struktur noch nicht durch die Reformbemühungen der Verwaltungsreform verändert wurden. Insofern steht diese Umstrukturierung der staatlichen bayrischen Bibliotheksverwaltung in einer gegensätzlichen Position gegenüber der Situation der Fachstellen in Nordrhein-Westfalen oder des Büchereiverbands Lüneburg-Stade in Niedersachsen, insbesondere auch deshalb, weil bei der Straffung der bayrischen staatlichen Bibliotheksverwaltung die Situation der öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken berücksichtigt wurde.

¹⁹⁶ **Kuhlman, D.:** Die staatliche Förderung [...]; in: BFB 27 (1999) 3; S. 290

7 Schlußbemerkung

Für die Zukunft der Fachstellen ist entscheidend, inwieweit es diesen Einrichtungen gelingt, den geänderten Ansprüchen der öffentlichen Bibliotheken und damit auch den Anforderungen der Mediengesellschaft gerecht zu werden. Das hängt zum einen von den finanziellen Ressourcen ab, die den Fachstellen zur Verfügung stehen und zum anderen von dem Selbstverständnis, mit dem diese Einrichtungen den Herausforderungen dieser Zeit begegnen. Die Straffung in der Bibliotheksarbeit erschwert die Entwicklung neuer Konzepte, auf die es gerade jetzt für beide Seiten – für die Fachstellen und für die öffentlichen Bibliotheken – ankommt. Dabei ist fraglich, in welchem Umfang Fachstellen die neuen Aufgaben bewältigen können und welche Dienstleistungen eventuell zurückgestellt werden müssen um Freiraum für neue Aufgaben - beispielsweise Internetschulungen, Vermittlung von Medienkompetenz - zu haben. In Anbetracht der Leistungen, die die Fachstellen in ihren rund neun Jahrzehnten ihres Bestehens für das öffentliche Bibliothekswesen erbracht haben, stimmen die Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen, aber auch der ständige Kampf des Büchereivereins Schleswig-Holstein e.V. um ausreichend finanzielle Mittel und nachdenklich.

Um ihre Existenz zu sichern sollten Fachstellen die Unterhaltsträger von ihrer Notwendigkeit für die Weiterentwicklung des öffentlichen Bibliothekswesens überzeugen. Dazu ist es notwendig, dass diese Einrichtungen ihre Dienstleistungen transparenter machen müssen und auch über Erfolge beispielsweise in ihren Publikationen oder Informationsmaterialien kontinuierlich berichten sollten, da sie sonst von der Öffentlichkeit zu wenig wahrgenommen werden.

8 Anhang

1	Karte über die Verwaltungsteilung des Landes Baden-Württemberg
2	Karte über die Medienversorgung durch kommunale öffentliche Bibliotheken in Baden-Württemberg
3	Positionsbestimmung der Fachstelle Stuttgart
4	Plakat für den Frederick-Tag
5	Broschüre der Stadtbücherei Weilheim im Landkreis Esslingen
6	Auszüge aus den Kursmaterialien des "Internet-Fitness-Programm für Frauen"
7	Hauptvertrag des Büchereivereins Schleswig-Holstein e. V.

Quellen- und Literaturverzeichnis

I INTERNET

Bezirksregierung Köln Dezernat 49.1.2

Öffentliche Bibliotheken

<http://bezreg-koeln.nrw.de>

(Zugriff am 07.10.2002 und am 21.10.2002)

Büchereizentrale Lüneburg

<http://www.bz-lueneburg.de>

(Zugriff am 07.10.2002)

Büchereizentrale Schleswig-Holstein des

Büchereivereins Schleswig-Holstein e.V.

<http://www.bz-sh.flensburg.de>

(Zugriff am 03.09.2002)

Fachstellenserver

<http://www.lfs.bsb-muenchen.de/fachstellenserver>

(Zugriff am 07.10.2002)

Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz

<http://www.landesbuechereistelle.de>

(Zugriff am 08.10.2002)

Landesfachstelle München

<http://www.lfs.bsb-muenchen.de>

(Zugriff am 17.09.2002)

Staatliche Fachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen Freiburg

<http://fr.fachstelle.bib-bw.de>

(Zugriff am 11.10.2002)

Staatliche Fachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen Stuttgart

<http://www.s.fachstelle.bib-bw.de>

(Zugriff am 14.10.2002)

Stadtbibliothek Freiberg am Neckar

<http://www.fr.freiberg.bib-bw.de>

(Zugriff am 11.10.2002)

II GESPRÄCHE

Fachstelle für das Öffentliche Bibliothekswesen Stuttgart

- *Frau Karla Niederlag*: Stellvertretende Leiterin der Fachstelle; am 01.10.2002 (Broschüre „Öffentliche Bibliotheken in Baden-Württemberg“ und Bibliotheksbau)
- *Herr Hans-Herbert Lemke*: Diplom-Bibliothekar; am 01.10.2002 (Programmarbeit)

Büchereizentrale Schleswig-Holstein

- *Frau Antje Späthow* Sekretärin von Heinz-Jürgen Lorenzen (Direktor der Büchereizentrale); Telefonat am 21.10.2002 (Informationen zur Förderung der Öffentlichen Bibliotheken in Schleswig- Holstein)
- *Herrn Stephan Gülzk*,: Diplom-Bibliothekar (Büchereizentrale Schleswig-Holstein); Telefonat am 21.10.2002 (Medienbezuschussung)

Landesbüchereistelle Koblenz

- *Frau Gudrun Kippe-Wengler*: Telefonat am 17.10.2002 (Pilotprojekt)

Stadtbibliothek Freiberg am Neckar

- *Frau Andrea Wehr*: Diplombibliothekar; Gespräch am 19.02.2002 (Werbung für Internet- und Computerkurse)

III RICHTLINIEN

Bibliotheken 93 : Strukturen, Aufgaben, Positionen / hrsg. von der Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände. - Berlin, Göttingen : 1994

Die **Bibliotheken in der Kulturarbeit der Städte** :

Empfehlungen des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages vom 18.03.1987. - Köln : 1987

3. (Dritte) Empfehlung der Kultusministerkonferenz zum Öffentlichen Bibliothekswesen / Hrsg. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. - 1994

Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens in Rheinland-Pfalz

In: BibliotheksInfo 4 (1995) 5; S. 304-313

Public Library Manifesto 1994

<http://www.bdbverband.de/seiten/publik-votr/Manifest%20der%20UNESCO%201994.pdf>

(Zugriff am 10.09.2002)

Die Staatlichen Fachstellen, ihr Auftrag und die Leistungen der Länder für das Öffentliche Bibliothekswesen in der Bundesrepublik Deutschland / hrsg. von der Fachkonferenz der Staatlichen Büchereistellen in Deutschland. - Rendsburg, Koblenz : 1997

VI GESETZE

Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens. Fassung vom 20. März mit Änderung vom Juli 1983.

In: **Gesetze des Landes Baden-Württemberg.** Bonn, 2000

[Loseblattwerk].

Hesselberger, Dieter: Das Grundgesetz : Kommentar für die politische Bildung / Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung. - 10.überarb. Aufl. - Bonn : Luchterhand-Verl., 1996

V FACHLITERATUR

Bibliotheksprojekt INFOL@B geht in die Pilotphase.

In: die bücherei 45 (2001) 2; S. 141

Bibliotheksprojekt INFOL@B gewinnt Hauptpreis.

In: bibliotheken info-comp@ct 1-2001; S. 1

Das Bibliothekswesen der Bundesrepublik Deutschland : ein Handbuch / Busse; Ernestus; Plassmann; Seefeldt. - 3., völlig Neubearb. Aufl.

- Wiesbaden : Harrasowitz, 1999

Breitkreuz, Richard:

Neues Steuerungs-Modell und Betriebsvergleich an Öffentlichen Bibliotheken.

In: die bücherei 41 (1997) 2; S. 171-178

Brunsch, Regina:

Das Thema Bestandsaufbau in der Fachstellenarbeit : Stellenwert, Konzepte und Dienstleistungen anhand ausgewählter Beispiele.

Diplomarbeit im Studiengang Öffentliche Bibliotheken bei der Fachhochschule Stuttgart – Hochschule für Bibliotheks- und Informationswesen.

Angefertigt in der Zeit vom 01.08 2000 bis 02.11.2000

Brusis, Ilse:

Öffentliche Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen in Nordrhein-Westfalen auf dem Weg ins nächste Jahrhundert - eine gemeinsame Aufgabe.
In: ProLibris 1/99; S. 35 - 37

Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. :

Jahresbericht und Statistik 1995 / hrsg. vom Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. Flensburg, 1996

Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. :

Jahresbericht und Statistik 1996 / hrsg. vom Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. Flensburg, 1997

Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. :

Jahresbericht und Statistik 1998 / hrsg. vom Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. Flensburg, 1999

Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. :

Jahresbericht und Statistik 1999 / hrsg. vom Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. Flensburg, 2000

Büchereiverein Schleswig-Holstein :

Förderung der Stand- und Fahrbüchereien in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden Schleswig-Holsteins, Rendsburg, 2000

Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. :

Jahresbericht und Statistik 2001 / hrsg. vom Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. Flensburg, 2002

Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft / Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft ; Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“

Deutscher Bundestag (Hrsg.). - Bonn : ZV Zeitungsverlag-Service, 1998
(Schriftenreihe „Enquete Kommission:Zukunft der Medien ; Bd. 9)

Dobler, Irmgard; Seefeldt, Jürgen:

Innovationen für Öffentliche Bibliotheken.
In: die bücherei 40 (1996) 1; S. 47 - 49

Editorial.

In: Fachstelle Stuttgart 2 - 2001; S. 1

50 (Fünzig) Jahre Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz : (50 Jahre Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens in Rheinland-Pfalz, 1949 - 1999) ; [Jubiläumsschrift zum 50jährigen Bestehen]. - Koblenz : Landesbüchereistelle Rheinland-Pfalz, 1999

Funke, Juliane:

Vom „Deutschen Bibliotheksinstitut“ zum „Innovationszentrum für Bibliotheken“.
In: BIBLIOTHEKSDIENST 35. Jg. (2001), H. 9; S. 1116 - 1024

Götte, Rose:

Zur Einführung der neuen Bibliotheks-Förderrichtlinien.
In: die bücherei 38 (1994) 2; S. 255-257

Heissenberger, Peter:

Internet-Fitness-Programm für Frauen : Ein strukturiertes Fortbildungsprogramm in Bibliotheken.

In: die bücherei 45 (2001) 2; S. 142 - 143

Heissenberger, Peter Jan:

Internet-Fitness-Programm für Frauen : Großes Schulungsprogramm mit 105 Internet-Kursen in 21 Bibliotheken ; Ein Modellprojekt der Staatlichen Bücherei-stelle Rheinhessen-Pfalz zur Förderung der Internet-Kompetenz von Frauen.

In: BIBLIOTHEKSDIENST 36. Jg. (2002) H. 8/9; S. 1038 - 1046

Hoffmann, Hilmar:

Die Rolle der Bibliothek in der Wissensgesellschaft.

In: die bücherei 45 (2001) 1; S. 5 - 10

Internet in Öffentlichen Bibliotheken - up (to) date! / Deutsches Bibliotheks-institut. - Berlin : Dt. Bibliotheksinst., 1999
(Dbi-Materialien ; 181)

Johansen, Alice:

Service für die dänische Minderheit : Die Dansk Centralbibliothek for Sydslesvig in Flensburg.

In: BUB 53 (2001) 10/11; S. 632-635

Kippe-Wengler, Gudrun:

Förderung der öffentlichen Bibliotheken in Rheinland-Pfalz :

Bibliothekskonferenz für die Regierungsbezirke Koblenz und Trier tagte am 27. Oktober 1992 in Koblenz.

In: die bücherei 37 (1993) 1; S. 103-104

Knape, Joachim:

Perspektiven der Buch- und Kommunikationskultur / Hrsg.

Hermann-Arndt Riethmüller. - Tübingen : Osiander, 2000

**Das kommunale und kirchlich-öffentliche Büchereiwesen
in Rheinland-Pfalz 2001.**

In: die bücherei 46 (2002)1; S. 24 - 26

Kulmann, Detlef:

Die staatliche Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens in Bayern unter veränderten Rahmenbedingungen.

In: BFB 27 (1999) 3; S. 288 - 295

Lorenzen, Heinz-Jürgen:

Schleswig-Holstein : Modell einer vernetzten Büchereiregion.

In: BibliotheksInfo 5 (1995) 3; S. 251 - 259

Lorenzen, Heinz Jürgen.:

Von der Staatlichen Beratungsstelle bis zum Büchereiverein Schleswig-Holstein : ein historischer Abriß.

In: BuB 47 (1995) 7/8; S. 688 - 692

Medien und Internet - Perspektiven und Aufgaben für kleinere Öffentliche Bibliotheken / Dokumentation und Referate der 49. Fachkonferenz der Staatlichen Büchereistellen der Bundesrepublik Deutschland, 17. -19. September in Saarbrücken. - Saarbrücken : 2001

Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft : Perspektiven in Baden-Württemberg / hrsg. von Ansgar, Zerfaß und Claus Hoffmann. - Stuttgart, 2000

Medienkompetenzzentren in Büchereien.

In: bibliotheken info-comp@ct 1-2001; S. 3

Meyer, Bernd:

Die öffentliche Bibliothek - Möglichkeiten zur Gestaltung und Überwindung finanzpolitischer Krisen : Einschätzungen aus kommunalpolitischer Sicht.

In: die bücherei 38 (1994) 1; S.19-22

Miedtke, Erwin:

ILEKS : Zum aktuellen Stand der Datenbank und des ILEKS-Konsortiums.

In: BIBLIOTHEKSDIENST 34. Jg. (2000), H. 7/8; S. 1182-1184

„Neue Strukturen und Chancen für regionale Bibliotheksarbeit“ / Dokumentation und Referate der 48. Fachkonferenz der Staatlichen Büchereistellen in der Bundesrepublik Deutschland, 18. - 20. September in Eisenach. – Eisenach : 2000

Niedersachsen :

Ministerin Schuchardt forstet Kahlschlag wieder auf ; Vereinbarung über die Beratung Öffentlicher Bibliotheken unterzeichnet.

In: BibliotheksInfo 3 (1993); S. 222 - 225

Öffentliche Bibliotheken in Baden-Württemberg : Berichte, Gespräche u. Informationen / hrsg. von d. Staatlichen Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen Freiburg, Karlsruhe, Reutlingen, Stuttgart, 2001

Öffentliche Bibliotheken in Baden-Württemberg : Berichte, Gespräche u. Informationen / hrsg. von d. Staatlichen Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen Freiburg, Karlsruhe, Reutlingen, Stuttgart, 1999

Öffentliche Bibliotheken im Betriebsvergleich : Erfahrungen mit der bundesweiten Verbreitung einer Methode / Hrsg. Bertelsmann Stiftung. - Gütersloh Bertelsmann Stiftung, 2000

Orientierung in der Informationsgesellschaft / Walter A. Mahle (Hrsg.). -

Konstanz : UVK-Medien-Verl., 2000

(AKM-Studien ; Bd. 43)

Pflaum, Günter:

Internetlernen für jedermann mit INFOL@B.

In: die bücherei 45(2001)1; S.22

Pflaum, Günter; Heissenberger, Peter Jan:

Rheinhessen-Pfalz : Internet-Kompetenz für Frauen

In: BuB 54 (2002) 7/8; S. 445 - 446

Pilotprojekt Bibliotheken in Rheinland-Pfalz 1987-1999 / Hrsg. vom Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen, Mainz, in Zusammenarbeit mit den Staatlichen Büchereistellen in Rheinhessen-Pfalz; Koblenz und Neustadt a.d. Weinstraße. - Mainz : Rheinland-Pfalz, Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen, 1999

Politik für öffentliche Bibliotheken / Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände; Plattform Öffentliche Bibliotheken. Hrsg. von Konrad Umlauf. - Bad Honnef : Bock + Herchen, 1998
(Bibliothek und Gesellschaft)

Rick, Isabell:

Bibliotheken als Pilotprojekte : Ein Kommentar.

In: die bücherei 37 (1993) 2; S. 265 - 266

„Schlanker Staat“ - eine Agenda der Verwaltungsmodernisierung im Bund.

Klaus König ; Natascha Füchtner. - 1. Aufl.. - Baden-Baden : Nomos Verl.-Ges., 2000

(Verwaltungsmodernisierung, Staatsaufgaben und Öffentlicher Dienst ; 45)

Schlanker Staat - moderne Fachstellen: Dokumentationen und Referate der 47. Fachkonferenz der Staatlichen Büchereistellen in Deutschland, 20. - 22. September 1999 in Wittenberg. - Wittenberg : 2000

„Schlanker Staat“ - Verwaltungsmodernisierung im Bund : Zwischenbericht, Praxisbeiträge, Kommentare / Forschungsinsitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Klaus König / Natascha Füchtner (Hrsg.). - Speyer : Forschungsinst. für öffentliche Verwaltung, 1998

(Speyerer Forschungsberichte ; 183)

Schmitter, U.:

Personalreduzierung bei den Staatlichen Büchereistellen in Nordrhein-Westfalen.

In: ProLibris 1/99; S. 65

Seefeldt, Jürgen:

Neues von den Staatlichen Büchereistellen der Länder.

In: die bücherei 46 (2002) 1; S. 59-60

Selbstbewusst in der Öffentlichkeit : Ein Fitnessprogramm für Frauen in Bibliotheken.

In: die bücherei 45 (2001)) 2; S. 143 - 145

Die Staatlichen Fachstellen für Öffentliche Bibliotheken in Deutschland :

Strukturen; Aufgaben, Leistungen ; [diese Veröffentlichung entstand im Zusammenwirken mit der Fachkonferenz der Staatlichen Büchereistellen in

Deutschland] / Deutsches Bibliotheksinstitut. - Berlin : Dt. Bibliotheksinst., 1996

(Dbi-Materialien ; 153)

Stöbe, Sybille:

Die Zukunft der Bezirksregierungen : Modernisierungsperspektiven für die staatliche Mittelinstanz / Sybille Stöbe ; Rolf Brandel. - Berlin : Ed. Sigma, 1996

(Modernisierung des öffentlichen Sektors ; Bd. 9)

Trends für Großstadtbibliotheken, Zukunft wissenschaftlicher Bibliotheken, Multi-Media und Internet / hrsg. von der Ekz. - Reutlingen : Ekz, 1998

(Ekz-Konzepte ; 6)

Wagner, Michael:

Öffentliche Bibliotheken und Bibliothekspolitik in der Pfalz (1921 - 1996) : 75 Jahre Staatliche Büchereistelle Rheinhessen-Pfalz. - Kaiserslautern : Institut für Pfälzische Geschichte und Volkskunde, 1996

(Beiträge zur pfälzischen Geschichte ; 13)

Zukunft der Bibliothek, Nutzung digitaler Ressourcen, Schule und Bibliothek / hrsg. von der Ekz. - Reutlingen : Ekz, 2000

(Ekz-Konzepte ; 8)